

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 30

Berlin, den 26. Juli 1930

5. Jahrgang

## Regierungsversuche mit Artikel 48. — Reichstagsauflösung. Zum Schaden der Wirtschaft.

Die Regierung Brüning erhielt am 16. Juli für ihre neuen Steuer- und Volksbelastungsgeetze vom Reichstag nicht die gewünschte Unterstützung und machte deshalb von der Ermächtigung des Reichspräsidenten Gebrauch, mit Hilfe des Diktaturartikels 48 der Deutschen Reichsverfassung ihren vorgesehene Maßnahmen auf dem Verordnungsweg Gesetzkraft zu verleihen. Diese Maßnahmen bestehen in zwei Verordnungen, von denen die eine die Deckungsvorlagen der Reichsregierung nebst Bürgerabgabe und die zweite die Gemeindegeldsteuer umfaßt. Als Erklärung fügt die Reichsregierung bei: Die Deckung des Reichshaushalts ist ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung geordneter Staatsfinanzen und für die Kreditwürdigkeit des Reichs und der Wirtschaft. Sie ist auch unbedingte Voraussetzung für die weitere Durchführung der Fürsorge für die Arbeitslosen und eine unabwendbare Notwendigkeit in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage der Welt in fast allen Ländern schwere Gefahren für die Staatsfinanzen bietet.

Die Reichsregierung hatte also in diesem entscheidenden Punkt nicht die Parlamentsmehrheit hinter sich und nahm den Diktaturartikel 48 der Reichsverfassung zum Regieren zu Hilfe. Das war ein wenig erquicklicher Zustand für den Reichstag und zeigt so richtig dessen Schwächen, die nun von Leuten ausgenutzt wurden, denen die Rechte des Parlaments und die Demokratie wenig galten, denen die Volksinteressen insgesamt kaum, die der besitzenden Klasse aber um so mehr am Herzen lagen. Lange konnten sich die Diktatoren freilich nicht auf ihre zweifelhafte Macht ohne Parlamentsmehrheit stützen. Der Reichstag nahm bereits am 18. Juli die sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung mit 236 gegen 221 Stimmen an, worauf der Reichskanzler den Reichstag für aufgelöst erklärte. Nun ist keine Volksvertretung mehr und kein Finanzprogramm erblüht. Die Regierung führt die Geschäfte weiter und dem deutschen wahlfähigen Volk ist die Entscheidung über sein politisches Geschick in der nächsten Zukunft selbst zu bestimmen. Die Wählerschaft hat es nun in der Hand, ob die von den bürgerlichen Parteien zugebunden hohen Steuerlasten im neuen Reichstag beschloffen werden können oder nicht, und ob der Reichshaushalt nur auf Kosten der Arbeitslosen ins Gleichgewicht gebracht werden soll. Vom Ausgang der Wahl hängt es selbstverständlich mit ab, was aus unserer Wirtschaft werden soll und ob die ungeheure Arbeitslosigkeit eingeschränkt wird oder sich noch vermehrt. Es geht also bei dieser Wahl nicht um kleine Geschäftsinteressen, sondern um große Volksprobleme und vor allem um die Errungenschaften der Arbeiterschaft in der Sozialpolitik, um Lohnabbau, um Verstärkung des Schlichtungswesens und um Volkserziehung durch Steuern und Zölle in höchstem Ausmaß. Aber auch die Parlamentsrechte sowie die politischen Positionen der Arbeiterschaft sind gefährdet. Die Lage ist äußerst ernst! Wie ein Mann müssen sich diesmal Arbeiter, Angestellte und Beamte mit ihren Familienangehörigen gegen den Besitzbürgerblock zur Wehr sehen und bei den Wahlen der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben, damit sie nicht von den bürgerlichen Parteien des kommenden Reichstages so geschröpft werden, wie es ihnen von den Parteien der Brüning-Regierung zugebacht war.

Die Regierung Brüning belam ja reichlich Vorschulvorbeeren gesendet, als sie die Geschäfte übernahm; aber es stellte sich heraus, daß ihre Forderungen noch weniger konnten als die Realpolitik. Von ihren Versprechungen ist nur Wirklichkeit geworden, daß sie mit dem Artikel 48 regieren werde, und daß gelang ihr nur einen Tag. Die politische und wirtschaftliche Verbesserung der Verhältnisse ist nicht eingetreten, im Gegenteil, die Wirtschaftslage verschlechterte sich. Steuern und Zölle wurden vermehrt, und die Lebenshaltung verteuerte sich. Milch, Brot, Fleisch, Gemüse, Bier und vieles andere sind schon im Preise gestiegen. Mit den neuen Verordnungen sollte als weitere Belastung kommen: Die Reichshilfe, eine Abgabe der Beamten und Angestellten von 2½ Proz. des Arbeitseinkommens, ein Zuschlag zur Einkommensteuer für höhere Einkommen von 5 Proz. für die Ledigen Extrazuschläge von 10 Proz. zu ihrer Lohnsteuer, eine Kopfsteuer in gleicher Höhe für Reiche und Arme, nicht unter 6 RM. Dann sollen die Gemeinden das Recht bekommen, eine Getränkesteuer erheben zu können. Des alles wäre auf die Preisgestaltung der Lebens- und Genussmittel nicht ohne Wirkung geblieben, und die arbeitende Bevölkerung hätte neben der Lohnsenkung noch einen ganz gehörigen Pack neuer Lasten auf dem Buckel bekommen. Diesen „Segen“ hat sie der Regierung Brüning hauptsächlich zu danken. All die Wähler und Wählerinnen, die durch ihre Stimmabgabe die bürgerlichen Parteien unterstützten und die Rettung aus der Not und dem Dilemma erhofften, mögen nun einsehen, wie falsch sie handelten und wie schwer sie betrogen wurden.

Die neuen Steuern, Zölle und Abgaben, die die Regierung Brüning den Arbeitern, Angestellten und Beamten aufhalsste, sind noch lange nicht die einzige Bürde, die der Arbeiterschaft zugebacht war. Die Unternehmer versuchen täglich mittels Lohnsenkung an der allgemeinen Volkserziehung teilzunehmen, und die Regierung sah den Dingen gelassen zu, ja sie unterstützte in manchen Dingen die Unternehmer noch. Bei dieser Gelegenheit müssen wir wieder

daran erinnern, daß der Reichsarbeitsminister Stegerwald den Lohnsenkungsbefehl für die Nordwestgruppe der Eisenindustrie für verbindlich erklärte. Die arbeitende Bevölkerung wurde also doppelt geschröpft, von der Reichsregierung und vom Unternehmertum, und die Besitzenden lachten sich ins Fäustchen.

Was wir vor Monaten schrieben, die bürgerlichen Parteien werden alles tun, die Deutschland auferlegten Reparationslasten auf die Schultern der Arbeitslosen abzuwälzen, trat nun ein, und die Regierung Brüning, Trebrianus, Stegerwald, Dietrich, Schiele, Wirth und wie sie alle heißen hat die Durchführung übernommen, Mannen der Zentrumspartei und der Demokratischen Partei waren die treibenden Kräfte und Helfer dabei. Ob das die Arbeiterwähler der genannten Parteien merkten, wie sie über's Ohr gehauen wurden?

Neben diesem politischen „Segen“, der wirtschaftlich so fühlbar auf die deutsche Arbeiterschaft niederriefelte, sind noch die sozialen Einschränkungen zu nennen, die die Wöchnerinnen, die Erwerbslosen und die Krankenkassenmitglieder treffen sollten. Angekündigt waren sie schon, in den nächsten Wochen sollten sie zur Tat werden. Die Regierung Brüning wollte demnach noch mehr Siege feiern und weiterhin den Ärmsten und Armen fühlen lassen, daß sie als bürgerliche Regierung am Ruder war, die das Wohl der Arbeitenden zu wahren hatte, ohne Rücksicht darauf, daß Millionen nicht mit Geld und Gütern gesegneter Menschen darunter zu leiden haben.

Eines freilich muß man dieser Regierung lassen: an Versprechungen ließ sie es nicht fehlen. Darin war sie groß. Die Arbeit, die sie schaffen wollte, ist jedoch nicht vorhanden. Im Gegenteil! Der Arbeitsmarkt wird immer schlechter. Arbeitslose werden mehr. Hierin tritt das Versagen der Regierung so recht zutage. Trotzdem der Zinsfuß für Geld

außerordentlich niedrig ist und Geld nach Anlage geradezu schreit, konnte die Regierung d. V. für Bauzwecke keines auf-treiben, weil das Geld für gute Hypotheken genau so teuer ist wie vor Monaten. Dagegen unternahm sie sich so stark gebärende Regierung nichts, dazu brachte sie die Kraft nicht auf. Da versagte sie. Auf die Gelbleute nahm sie eben Rücksicht. Die Bauhandwerker, die Baustoffindustriearbeiter und Ziegler büßen das diesem Reichskabinett nicht vergessen. Dieses ist mit dafür verantwortlich zu machen, wenn keine Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt, auf die rund drei Millionen Arbeitslose sehnsüchtig warten.

Das Sündenregister der Regierung Brüning ist trotz kurzer Regierungsdauer außerordentlich groß. Die Arbeiterschaft darf das in keiner Weise übersehen und muß bei der Wahlagitatio auf all die Schäden hinweisen, die dieses Kabinett dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft brachte. Besonders dieser belam die Regierung der bürgerlichen Parteien unter Führung des ehemaligen christlichen Gewerkschaftssekretärs Brüning sehr schlecht. Schon jetzt wirken sich die Zollerhöhungen und Steuerlasten zuungunsten der Wirtschaft aus, weil sie die mangelhafte Kaufkraft des deutschen Volkes noch mehr verringerte, den Warenabsatz noch mehr einschränkte und weitere Kurzarbeit und Entlassungen zur Folge hatte. Wenn wieder die bürgerlichen Parteien im neuen Reichstag die Mehrheit bekommen sollten, ginge der Wirtschaftsverfall weiter; denn mit den Mitteln der Regierung Brüning und ihrer Parteien kann niemals dem Deutschen und der deutschen Wirtschaft geholfen werden. Das mag die Wählerschaft bei der kommenden Entscheidung, bei den Wahlen zum neuen Reichstag, beachten und dementsprechend ihre Stimme abgeben.

Diese wichtige Lehre muß die arbeitende Bevölkerung aus der kurzen Dauer der Regierungszeit Brüning ziehen.

## Artikel 48.

Die Regierung Brüning hat ihr letztes Finanzprogramm, das der Reichstag wie alle vorhergehenden ablehnte, durch eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung in Kraft gesetzt. Das ist zweifellos ein Mißbrauch des Artikels 48 und ein Verstoß gegen die Verfassung.

Der Artikel 48 heißt im Wortlaut: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114 (Freiheit der Person), 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), 117 (Postgeheimnis), 118 (Freiheit der Meinungsäußerung), 123 (Versammlungsfreiheit), 124 (Vereinsrecht) und 133 (Gewährleistung des Eigentums) festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.“

Die Voraussetzung für die rechtmäßige Anwendung des Artikels 48 ist die Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Er wendet sich offenbar gegen Aufruhr und gibt dem Reichspräsidenten besondere Vollmacht, zur Verteidigung der Verfassung rasch zu handeln. Auf keinen Fall kann er zur Ausschaltung des Parlaments verwendet werden. Man kann nicht behaupten, daß ein mißglückter Deckungsvorschlag eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedeutet. Sillose Reichskanzler und Finanzminister müssen eben andere Vorschläge einreichen, die Aussicht auf eine Mehrheit haben, und wenn sie das nicht wollen, zurücktreten.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung eingereicht. Wird der Antrag infolge eines deutchnationalen Umfalls abgelehnt, dann haben wir den grotesken Zustand, daß eine Mehrheit für die Deckungsvorlage vorhanden ist und der Artikel 48 ohne Not in Kraft gesetzt wurde. Wird der Antrag angenommen, dann wird Brüning den Reichstag auflösen. In 2-3 Monaten wird der neu zu wählende Reichstag wieder zusammentreten. Lehnt er auch dann die Notverordnung ab, dann kann er aus dem gleichen Anlaß nicht noch einmal aufgelöst werden (Artikel 25). 2-3 Monate Galgenfrist für die Regierung Brüning und den Artikel 48 genügen aber nicht, um den Etat des Reiches für wenigstens ein Jahr nach den Wünschen des Kapitals in Ordnung zu bringen.

So sehen wir, daß die Anwendung des Artikels 48 zum Eintreiben von Steuern nicht nur verfassungswidrig, sondern auch sinnlos ist. Ohne Zustimmung des Reichstages geht es ja doch nicht. Bei Auflösung des Reichstages würde eine Finanzbittatur gerade bis zum Zusammentritt des neu gewählten Reichstages möglich sein. In 2-3 Monaten würde das bitterste Finanzprogramm wieder aufliegen.

Von der ganzen Aktion Brüning bleibt nichts übrig als ein gefährliches Spiel mit dem Diktaturgedanken. Man kann noch mit allerlei Auslegungskünstküden einen Fehlbetrag einer Bürgerblockregierung zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung umlügen, man kann aber eine nochmalige Auflösung und Ausschaltung des Reichstages aus dem gleichen Grund nur unter offenem Verfassungsbruch vornehmen. Das wird auch Brüning nicht wagen, denn die Kräfte, die hinter der Verfassung stehen, sind stark genug, sie zu verteidigen.

## Der drohende Zollkrieg.

Die weltwirtschaftliche Lage ist schlimm genug. Um so bedauerlicher ist es, daß jetzt eine neue Störung des Welthandels droht.

Die englischen Großbanken haben sich in einer gemeinsamen Erklärung für Hochschutzzölle eingesetzt. Das ist ein Ereignis von weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Bedeutung.

Die „Big Five“, die fünf englischen Großbanken, gehörten bisher zu den Hauptstützen des Freihandelsgedankens. Sie haben vor fünf Jahren das bekannte Freihandelsmanifest veranlaßt, das die Hoffnung auf einen allgemeinen Abbau der Zollschranken aufkommen ließ.

Inzwischen ging die Zollsenkung weiter. Nicht zuletzt hat die Bürgerblockregierung Deutschlands ein schlechtes Gewissen. Die Umstellung der englischen Großbanken folgte dann als Antwort auf die neue amerikanische Hochschutzzollwelle.

Der Vorstoß der Großbanken hat bereits die englischen Konservativen veranlaßt, im Unterhaus einen Antrag einzubringen, in dem es heißt: „Das Unterhaus ist der Auffassung, daß das beste Mittel zur Wiederherstellung der Wohlfahrt des Landes darin besteht, den britischen Markt gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen.“

Das ist die gleiche Einstellung zur Zollpolitik wie in den Vereinigten Staaten. Man glaubt oder gibt auch nur vor,

durch Erhöhung der Zölle den Lebensstandard des Volkes erhalten zu können. Man vergißt, daß auch andere Länder zu den gleichen Maßnahmen greifen werden und greifen müssen, und daß so der einzige Erfolg dieser Politik der Zollkrieg ist, der überall die Preise in die Höhe treibt und den Welthandel brostelt. Wir brauchen aber sinkende Preise und steigende Arbeitsleistung.

In England, dem historischen Land des Freihandels, gibt es schon seit Jahrzehnten Gruppen, die eine Zollabschließung des englischen Weltreiches fordern, das in der Lage sei, unabhängig von allen anderen Ländern zu leben. Sie erwarten davon die Erhaltung der Vorzugsstellung des englischen Mutterlandes und die bessere Zusammenschweißung der auseinanderdriftenden Bestandteile des Weltreiches.

Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß ein Zollbund die Lage Englands entscheidend ändert. Die Bedingungen der Arbeitsleistung zwischen dem industriellen Mutterland und den agrarischen Kolonien werden immer ungünstiger. Die Industrialisierung der Kolonien ist schon weit fortgeschritten und ist in raschem Wachsen begriffen. Die einzige sichere Folge der neuen Zollmauer wäre eine empfindliche Störung der Weltwirtschaft.

Ein zollpolitischer Zusammenschluß des englischen Weltreiches würde sich in erster Linie gegen die Vereinigten Staaten

richten. Trotzdem würden die europäischen Länder empfindlicher getroffen als die Vereinigten Staaten, für die der Außenhandel nicht die gleiche Bedeutung hat. Die deutsche Ausfuhr beträgt rund 20 Prozent der Gesamtproduktion, die amerikanische macht nur etwa 7 Prozent aus. Im Jahre 1928 betrug die deutsche Ausfuhr nach England 850 Millionen, im Jahre 1929 waren es schon 441 Millionen.

Der Druck der englischen Hochschulbildung würde zweifellos das Zustandekommen einer europäischen Zollvereinigung fördern.

Für den kommenden September sind auf Anregung des französischen Außenministers Briand in Genf Verhandlungen über die Einführung eines europäischen Bundesorganes geplant. Deutschland verlangt, daß insbesondere die wirtschaftlichen Ziele einer europäischen Vereinigung in den Vordergrund gestellt werden.

Die englische Arbeiterregierung ist wahrscheinlich das einzige Volkwerk gegen die Schutzöllner. Sie ist aber im Unterhaus in der Minderheit. Die Konservativen haben die Absicht, unter Umständen eine Volksabstimmung für oder gegen die Zölle vorzunehmen.

Rolle können keine endgültige Lösung sein, sondern müssen die Lage auf die Dauer verschlechtern. Es ist dünn und gefährlich, von der Schutzöllner eine Gesundung der Wirtschaft zu erwarten.

### Probleme der Arbeitslosigkeit.

Zu den Aufgaben, welche der internationalen Arbeitsorganisation in ihrer Satzung gestellt sind, gehören die Regelung des Arbeitsmarktes und die Verhütung der Arbeitslosigkeit. Die Organisation hat sich auch seit ihrem Bestande mit diesen Problemen befaßt. Bereits ihre erste Konferenz im Jahre 1919 beschloß ein Übereinkommen, das die ihm beitretenden Staaten verpflichtet, alle verfügbaren statistischen und sonstigen Angaben über die Arbeitslosigkeit im Internationalen Arbeitsamt mitzuteilen, inbegriffen Auskünfte über Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen oder in Aussicht genommen worden sind. Das Übereinkommen stellt ferner Grundzüge auf über die zweifelhafte Gestaltung des Arbeitsnachweises, der öffentlich und unentgeltlich sein soll. Unter anderem soll das Internationale Arbeitsamt im Einverständnis mit den beteiligten Ländern auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise der einzelnen Länder hinwirken.

In der Form eines Vorschlags für die Staatsgesetzgebungen empfahl die erste Internationale Arbeitskonferenz das Verbot der Errichtung von gewerbmäßigen und anderen entgeltlichen Arbeitsnachweisen. Derselbe Vorschlag sucht internationale Übereinstimmung hinsichtlich der Ausübung von Notstandsarbeiten in einem Punkte anzubahnen; er empfiehlt nämlich, die Staaten mögen die Ausübung der öffentlichen Arbeiten so regeln, daß sie, soweit wie möglich, in Zeiten der Arbeitslosigkeit und in den besonders davon betroffenen Gegenden vorgenommen werden. Im allgemeinen dürfte aber die Ausübung von Notstandsarbeiten ein Gebiet sein, das internationaler Regelung nicht sehr zugänglich ist.

Die II. Internationale Arbeitskonferenz (1920) nahm zwei Übereinkommen und einen Vorschlag, betreffend die Arbeitslosigkeit der Seeleute, an. Ein Vorschlag der dritten Konferenz (1921) empfahl Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft, wie z. B. die Förderung der Erziehung, die intensivere Bodenbearbeitung, Verkehrsvereinfachungen, Förderung von Nebenberufen auf dem Lande usw.

Das Übereinkommen von 1919, das in nahezu allen Staaten Europas durchgeföhrt wird, hatte zur Folge, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise überall ausgebaut und umgestaltet wurden, so daß sie nun weit besser die zweckmäßige Verteilung der Arbeitskräfte betreiben können als ehedem. In allen Ländern, für die Angaben vorhanden sind, nahm die Zahl der Vermittlungen von Stellen durch öffentliche Arbeitsnachweise von 2 700 000 1911, auf 8 900 000 1920 und 17 600 000 1927 zu.

Ein planmäßiges Zusammenwirken der Arbeitsnachweise verschiedener Länder zum Zwecke des internationalen Ausgleiches von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ließ sich jedoch bisher nicht durchföhren. Die zwölfte Tagung der Arbeitskonferenz (1929) erzielte deshalb den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, die Mittel zu prüfen, die geeignet wären zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche in dieser Hinsicht bestehen.

Der Erleichterung der Folgen der Arbeitslosigkeit dient vor allem die Arbeitslosenversicherung. Ihre Einführung würde in Form eines Vorschlages für die Staatsgesetzgebung von der ersten internationalen Arbeitskonferenz empfohlen. Die Arbeitskonferenz von 1926 forderte den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes auf, die Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung einer der nächsten Arbeitskonferenzen zu setzen, um gegebenenfalls Richtlinien für die Gestaltung der Versicherung anzustellen, die in dem Vorschlag von 1919 nicht enthalten sind.

Eine obligatorische Arbeitslosenversicherung gibt es gegenwärtig in acht Staaten, nämlich in Deutschland, Österreich, Großbritannien, Irland, Italien, Polen, Bulgarien und in Kanada. Außerdem haben sechs Kantone der Schweiz und der spanische Staat Luena die Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeföhrt. Die Gesamtzahl der Versicherten beträgt in diesen Ländern etwa 48 Millionen. In anderen Fällen beschränkt sich der Staat auf die Gewährung von Zuschüssen an freiwillige Arbeitslosenstellen, und zwar in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Norwegen, den Niederlanden, der Schweiz, Spanien und der Tschechoslowakei. Die industriemächtige Japan hat zusammen zwei bis drei Millionen Mitglieder. In mehreren Ländern liegen den Parlamenten Gesetzentwürfe über die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung vor.

Das eingangs erwähnte Übereinkommen von 1919, betreffend die Arbeitslosigkeit, bestimmt in Art. 3, daß diejenigen Mitgliedstaaten, welche das Übereinkommen ratifizieren und eine Arbeitslosenversicherung eingeföhrt haben, die auf ihrem Gebiete wohnhaften Angehörigen fremder Staaten hinsichtlich der Versicherungsleistungen den eigenen Staatsangehörigen gleichstellen sollen. Die Bedingungen der Gleichstellung sollen von den betreffenden Staaten vereinbart werden. Solche Vereinbarungen sind zwischen mehreren Ländern vereinbart.

Seit einer Reihe von Jahren wurde auf den internationalen Arbeitskonferenzen davon gesprochen, daß anscheinend Schwankungen einen großen Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen haben, die die Wirtschaftslage verunsichern und den Arbeiter entweder Arbeitsüberflutung oder Arbeitslosigkeit bringen. Aus der Vollerhebung der Beschäftigten, einem Sachverständigenrat, erwies sich, daß die Ursachen der Schwankungen der Konjunktur des Geldes und die Folgen dieser Schwankungen auf das Wirtschaftsgeschehen der Völker zu prüfen hat. Mit einer Empfehlung der XII. Internationalen Arbeitskonferenz wurde das Internationale Arbeitsamt aufgefordert, einen Sachverständigenrat des Völkerbundes seine Arbeit bei der Darstellung dieser Untersuchung anzubieten, und daß es die Ergebnisse seiner Untersuchungen mitteilen, sobald sich das Amt, möglicherweise in Zusammenarbeit mit dem Sachverständigenrat,

zu erwarten. Nicht einmal eine vorübergehende Erleichterung der augenblicklichen schweren Lage wird dadurch erzielt. Aber es entstehen Spannungen, auch politischer Art, deren Gefährlichkeit wir zur Genüge kennen.

Deutschland hat das größte Interesse an einem reibungslosen Ablauf der Weltmarktbeziehungen. Wir brauchen den Weltmarkt, um unsere Schulden zu vergüten und zu tilgen, um die Reparationen zu zahlen, und um Millionen von Arbeitern Brot zu geben. Um so überantwortlicher ist die Politik unserer Regierung, die keine geringe Mitschuld an den neuesten Vorgängen hat.

Die eigentlichen Leidtragenden einer neuen Zolltreiberei wären die Arbeiter in allen betroffenen Ländern. Die Zölle steigern die Preise oder dienen wenigstens dazu, Preiszürge zu verhindern, aber sie schenken nicht den Lohn. Die Kaufkraft der Massen wird geschwächt, während wir eine Steigerung der Kaufkraft brauchen, um die Krise zu überwinden.

Die deutsche Bürgerblockregierung, die vorgibt, einen Preisabbau zu beabsichtigen, hat bereits zweimal die Zölle erhöht. Wenn die englischen Schutzzölle durchgeföhrt werden, wird sie wahrscheinlich einen nochmaligen Zollaufbau versuchen und den Preisabbau ganz vergessen.

Die drohende Zollaufhebung muß die Arbeiterschaft nur in ihrem Willen bestärken, für Zollabbau und Wirtschaftsverständigung einzutreten. Dr. G. Heidenreich.

neue Erhebungen über die Auswirkungen von Schwankungen der Währungen und der Preise auf die Lebenshaltung der Arbeiter und die Arbeitsverhältnisse vornehmen.

Ein Ausschuh für Wirtschaftskrisen, der 1924 gemeinsam von den Völkerbundsausschüssen für Wirtschaft und für Finanzwesen und vom Internationalen Arbeitsamt eingesetzt wurde, empfahl unter anderem Maßnahmen zur Regelung des Bankkredits als Mittel zur Eindämmung der Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur und der mit ihnen einhergehenden Störungen des Arbeitsmarktes.

Seither wurden im Internationalen Arbeitsamt Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen dem Steigen und Fallen der Preise und der Lage auf dem Arbeitsmarkt angestellt. Ueber deren Ergebnisse, die mit jenen des Ausschusses für Wirtschaftskrisen übereinstimmen, wurde in zwei Heften der „Studien und Berichte“ des Amtes und mehreren Aufsätzen in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ berichtet. Die Aufstellung von den Ursachen der zeitweisen Krisen auf dem Arbeitsmarkt, zu der diese Untersuchungen führten, ist wie folgt:

Die Höhe der Warenpreise wird von dem Verhältnis der zu einem gegebenen Zeitpunkt zum Verkauf angebotenen Waren zu den zum gleichen Zeitpunkt verfügbaren Zahlungsmitteln bestimmt. Ein Steigen des Preisniveaus wird darauf zurückgeföhrt, daß die Zahlungsmittel rascher vermehrt wurden als die Menge der Waren. Das kann die Folge einer Inflation der Zahlungsmittel oder einer Kreditinflation sein, oder auf einer Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel beruhen. Jedenfalls ist damit ein, wenn auch nur vorübergehender Anreiz für die Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit gegeben. Geringere wird angenommen, daß in einem Sinken der Preise eine Knappheit der Zahlungsmittel im Verhältnis zur Menge der angebotenen Güter Ausdruck finde. Daraus ergebe sich eine Verlangsamung des Warenabflusses, die wieder zu einer Steigerung des Umlanges der Arbeitslosigkeit führe. Dazu komme noch, daß steigende Preise die Käufer zur Beschleunigung der Deckung ihres Bedarfs veranlassen, weil sie die Zahlung noch höherer Preise vermeiden wollen, während bei sinkenden Preisen mit Einkäufen zurückgehalten wird, weil man eine weitere Verbilligung erwartet. Dem Hervortreten des Einflusses der Preisbewegungen auf die Lage des Arbeitsmarktes könne eine ganze Reihe anderer Einflüsse entgegenwirken. Auf diese aber wird in der Schrift des Internationalen Arbeitsamtes nicht weiter eingegangen.

Es ist fraglich, ob es tatsächlich die Regel ist, daß die Arbeitslosigkeit in Zeiten fallender Preise zunimmt und in Zeiten steigender Preise abnimmt. In den Jahrzehnten vor dem Kriege, die im allgemeinen frei waren von Störungen der Wirtschaft durch nicht wirtschaftliche Faktoren, hatten die Kleinhandelspreise und damit die Kosten der Lebenshaltung die Neigung zu einem langsamen, wenn auch mehr oder weniger unregelmäßigen Ansteigen der Preise. Auch jetzt zeigt sich, daß die Kleinhandelspreise das Bestreben haben, vorkommenden Herabsetzungen der Großhandelspreise zu widerstehen. Die Preissteigerungen, die der jetzigen Wirtschaftskrise vorausgingen und zweifellos einfließen auf die Kaufkraft wirken, haben sicher viel zu der jetzigen Abfall- und Arbeitsmarktkrise beigetragen.

Preissteigerungen, mit denen keine entsprechende Erhöhung des Reallohns der Verbraucher einhergeht, werden stets konjunkturverschlechternd wirken. Sie werden Verbrauchseinschränkungen nach sich ziehen, denen notwendigerweise wieder Einschränkungen der Produktion der Massenverbrauchsgüter folgen müssen.

Zu bedenken ist auch, daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in weitem Maße in den Besonderheiten der Wirtschaft der einzelnen Länder begründet sind. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich, die sich hauptsächlich aus dem Stellenwechsel ergibt, ist etwas wesentlich anderes als die Arbeitslosigkeit in Deutschland oder Großbritannien.

Die Rationalisierung der Produktion, die beispielsweise in Frankreich kaum von Belang ist und auch in Großbritannien bloß langsam fortgeschritten, hat besonders in Deutschland zahlreiche Arbeitskräfte entbehrlich gemacht. Die Verbesserung der technischen Betriebsrichtungen und der Arbeitsverfahren hat eine Steigerung der Leistung gebracht, aber notwendigerweise gleichzeitig Sparnisse an Menschenkraft. Um diesen entgegenzusetzen, wäre es notwendig gewesen, mit allen Mitteln eine Wirtschaftsentwicklung zu betreiben und damit ein Abfluten der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung infolge großer Arbeitslosigkeit zu verhindern. Jetzt ist in vielen Ländern die Zahl der Arbeitslosen schon so groß, daß es schwer sein wird, sie in der heimischen Wirtschaft in absehbarer Zeit unterzubringen.

Die Auswanderung der Arbeitslosenheere in überseeische Gebiete kommt jedoch für die Entlastung des europäischen Arbeitsmarktes nicht wesentlich in Betracht. Die Vereinigten Staaten haben die Einwanderungsmöglichkeit durch Gesetz stark eingeschränkt. Andere überseeische Zielungskänder wie Kanada und Argentinien brauchen vorzüglich Kräfte für die Landwirtschaft, für die jedoch der größte Teil der europäischen Arbeitslosen nicht geeignet ist. Aus dem gleichen Grunde sind sowohl in Deutschland wie in Großbritannien die Pläne gescheitert, welche die Förderung der inneren Kolonisation beabsichtigten.

Der Ueberfluß von Arbeitskräften, unter dem jetzt viele Länder leiden, ist nicht nur durch Unterverbrauch und Rationalisierung bedingt. In sehr weitem Maße geht er zurück auf die Menschenökonomie und damit die Verlängerung der Lebensdauer, die bedeutende Fortschritte machte und bewirkte, daß trotz Krieg und Geburtenbeschränkung die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter bedeutend größer ist, als sie vordem war.

\*) Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung. Genf, 1929, 288 Seiten.

### Internationale Tagung der Kriegsoffer in Paris.

In der CIAMAC (zu deutsch: Internationale Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsoffer und Kriegsteilnehmer) sind mit einem Mitgliederstand von 8 Millionen 25 Reichsorganisationen der Kriegsbeschädigtenverbände aus elf verschiedenen Staaten zusammengeschloß. Neben der Beseitigung und Förderung regelmäßiger Beziehungen zwischen den Verbänden der Kriegsoffer aller Länder und der Vertretung ihrer materiellen und geistigen Interessen erstrebt die CIAMAC auch die tätige Mitarbeit an der Verbesserung der Beziehungen der Völker untereinander und an der Wahrung des Weltfriedens. Die 6. Jahresversammlung dieser Kriegsoffer-Internationale findet vom 25. bis 27. Juli 1930 in Paris statt. In den vorhergehenden Jahren tagte die CIAMAC in Genf, Wien, Berlin und Warschau. Der Pariser Tagung, die in der Sorbonne (Universität) stattfindet, kommt um so größere Bedeutung zu, als zum ersten Mal Vertreter der deutschen Kriegsoffer in der Hauptstadt Frankreichs an den Beratungen einer wichtigen Tagesordnung teilnehmen. Den Höhepunkt der Tagung dürfte die Beratung über die Voraussetzungen dauernden Friedens: „Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Entwaffnung“ erreichen. Als Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt sind berufen Professor Cassin-Paris und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hohmann-Stuttgart. Ferner stehen zur Debatte das Problem eines internationalen Versorgungsgebühres, der Umfang der Tuberkulose bei Kriegsoffern und Kriegsteilnehmern und die Rechte der Kriegsblinden. Im Trobadero wird außerdem eine große Friedenskundgebung stattfinden. Im Pariser Rathaus und im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten erfolgt ein offizieller Empfang der Delegierten, unter denen sich als Vertreter der deutschen Kriegsoffer Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen befinden. Am Montag, dem 28. Juli 1930, wird der riesenhafte Soldatenfriedhof bei Soupir am Chemin des Dames, in der Nähe von Bailly, wie und Coiffons, gemeinsam besucht. Dort, an den Massengräbern französischer und deutscher Soldaten, wird der 6. Kongreß der CIAMAC sein Gelübnis erneuern, den Kampf für eine Verständigung der Völker und den Weltfrieden mit Energie weiterzuführen. Ueber die Tagung und die Kundgebungen werden wir berichten.

### Protest gegen Abänderungen des Reichsversorgungsgesetzes.

Erst Ende Mai fand der 6. Reichsbundestag der größten deutschen Kriegsofferorganisation in Mainz statt. Trotzdem hat der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsofferbeschädigten in Abwehr der Angriffe gegen den Bestand des gegenwärtigen Versorgungsrechts schnellstens eine Reichskonferenz einberufen. Diese fand am Sonnabend, dem 12. Juli 1930, im Landeshause der Provinz Brandenburg in Berlin, bei Anwesenheit sämtlicher Gauvertreter statt. Mit großem Interesse wurde das Referat des Bundesvorsitzenden Moa über die allgemeine sozialpolitische Lage entgegengenommen. Nach längerer Aussprache wurde nachstehende Entschloßung einstimmig angenommen:

#### Entschloßung:

Die am 12. Juli 1930 in Berlin tagende 17. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsofferbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat mit starkem Besremden und Bedauern von den Beschlüssen des 16. Reichstagsauschusses zu den Abänderungen des Reichsversorgungsgesetzes und des Versorgungsgesetzes Kenntnis genommen.

In letzter Stunde richten die Vertreter von 500 000 Kriegsoffern an die Abgeordneten des Reichstages die dringende Mahnung, den vom 16. Reichstagsauschuh dem Reichstag zur Annahme empfohlenen Gesetzesentwürfen ihre Zustimmung zu versagen. Die geplanten Gesetze greifen in das seit 1922 wiederholt und erheblich verschlechterte Verfahren so ungeheuer ein, daß schwerste Gefahren sich für die gesamten Kriegsoffer in Zukunft bei der Feststellung und Festsetzung der Renten im Verwaltungs- und Spruchverfahren ergeben. Die Einföhrung einer Sperrfrist und die Einschränkung des Rechtsmittels mit rückwirkender Kraft wird Behtausende von Kriegsoffern des Rechts der Nachprüfung der von den Verwaltungsbehörden getroffenen Entscheidungen durch die Spruchinstanzen berauben.

Gegen solche Maßnahmen erheben wir schärfsten Protest und erwarten, daß dieser Hinweis der größten deutschen Kriegsofferorganisation den Reichstag zur Ablehnung der Gesetzesentwürfe bewegen wird.

Nach Erörterung organisatorischer Angelegenheiten nahm die Konferenz Gelegenheit, den während und nach dem 5. Reichsbundestag hergestellten Werbefilm des Reichsbundes anzusehen. Der Film wird in Kürze in einem größeren Berliner Theater zur Aufföhrung gelangen.

### Emil Weill gestorben.

Ein alter Kämpfer ist noch verhältnismäßig jung an Jahren dahingegangen. Emil Weill war Redakteur bei dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Er leitete dort das Fachblatt für die Fleischer. Seit langem trankte er an einem Magenleiden. Nun wurde er von seinem Leiden erlöst. Kollege Weill war Angestellter des ehemaligen Verbandes der Fleischer. Seit August 1910 war er dort als Gauleiter tätig. Im Herbst 1922 übernahm er die Redaktion der „Fleischer-Zeitung“. Vom Jahre 1923 bis 1925 war er Bevollmächtigter der Ortsgruppe Berlin des gleichen Verbandes. Nach dem Zusammenstoß mit dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wurde er wiederum Redakteur. Er war ein Mann eines pflichtgetreuen und fleißigen Angestellten. Seine Organisation hat einen bewährten Kämpfer, und die Angestellten derselben haben einen aufrichtigen Freund und Kameraden verloren. Die Redakteure der Gewerkschaftsblätter haben ihn gern in ihrer Mitte, und selten hat er bei einer Veranstaltung gefehlt. Nun ist er dahingegangen und uns bleibt es übrig, sein Andenken in Ehren zu halten.

### Deutscher Sprachkursus.

Anfang August beginnt in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins ein Abendkursus „Deutsch für Deutsche“. Der Kursus dauert drei Monate und erstreckt sich auf folgende Fächer: Wundliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung und Sprachlehre, „mir oder mich“, Aufarbeitung von Aufsätzen. Das Ziel des Unterrichts besteht darin, die Kursussteilnehmer zum fehlerfreien Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache anzuleiten.

Zur Deckung der Unkosten wird für den ganzen Kursus ein Beitrag von 10 RM erhoben. Erwerbslose Kursussteilnehmer zahlen die Hälfte. Die benötigten Lehrbücher werden unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin 23 35, Rossbamer Straße 52.



### Der Lohnschiedspruch vom SDG. abgelehnt.

Der nach zweiseitigen Verhandlungen am 4. Juli 1930 gefällte Schiedspruch der eingesehten Schlichtungskammer unter Vorsitz des Herrn Schlichters Böhm für die Gruppen I-III ist von den Arbeitnehmerorganisationen angenommen worden. Der Schlichterband Deutscher Glasfabriken hat den Schiedspruch abgelehnt.

Um einen tariflosen Zustand zu vermeiden, haben die Arbeitnehmerorganisationen im Auftrage der Beschäftigten in den Gruppen I-III die Verbindlichkeit des gefällten Schiedspruches beantragt. Verhandlungen werden am Mittwoch, dem 23., oder Donnerstag, dem 24. Juli, in Berlin im Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Hoffentlich wird dem Antrage der Arbeitnehmer auf Verbindlichkeit des Schiedspruches entsprochen, da sonst sicher langwierige Kämpfe um die Festlegung der Lohnbedingungen in den einzelnen Gruppen unvermeidlich sind. Die Arbeitnehmer in der deutschen Weichholglasindustrie können unter keinen Umständen irgendwelche Verschlechterungen sozialpolitischer Art hinnehmen, da die Verdienste schon jetzt kaum die Gewähr bieten für die Existenz der Familien der Arbeitnehmer.

Das Reichsarbeitsministerium hat nun die Entscheidung zu treffen über Arbeitsfrieden oder Arbeitskampf. Hoffentlich entscheidet es sich so, daß den Arbeitnehmern mit ihrem Antrage Rechnung getragen wird. Damit kann es nur der Weichholglasindustrie und der deutschen Volkswirtschaft den besten Dienst erweisen.

### Noch immer Kampf in Köpenick.

In Köpenick dauert nun der Arbeitskampf in der Marienhütte bereits sechs Wochen, ohne daß eine Aenderung eintrat. Seltmann bekam trotz aller Bemühungen weder eine ansehnliche Zahl Streikbrecher, noch sonst Ausreißer, mit denen etwas anzufangen gewesen wäre. Die starkköpfige Haltung in einer so wichtigen Frage kommt deshalb dem Betriebsinhaber sehr teuer. Anscheinend ist er völlig auf's Brechen eingestellt. Er kennt eben Glas nur als Fertigware, mit dem Profit gemacht werden muß. Als kluger Mensch sollte er schon gemerkt



Arbeitswillige auf dem Wege zur Marienhütte.

haben, daß Glas im warmen Zustande sich biegen läßt. Er sollte sich daran ein Beispiel nehmen. Wer im Wirtschaftskampf vor Diegen oder Brechen steht, sollte das Brechen vermeiden, da dies viel teurer zu stehen kommt. Vielleicht empfindet das auch Seltmann allmählich. Hoffentlich gibt er dann die Einsicht auch kund, nicht etwa der Kämpfenden wegen soll er es tun, sondern der Marienhütte halber.

Im Verlaufe dieses Arbeitskampfes stellte sich heraus, daß die Polizei noch immer bei Wirtschaftskämpfen mißbraucht wird. Sie mußte das Werk und die Arbeitswilligen schützen. Die Arbeiterschaft des Werkes ist die Angegriffene, sie wehrt den Lohnabbau ab, sie macht von ihrem gesetzlichen Recht des Kampfes Gebrauch, sie steht Streikposten, wehrt sich also in allen Punkten, aber die Polizei muß das Eigentum des Herrn Seltmann schützen, das kein Mensch nehmen will, muß die Streikbrecher in Schutz nehmen, denen kein Mensch körperlich ein Haar krümmte. Arbeitswillige schossen sogar auf Streikposten, die Polizei fand den Revolver im Motor ihres Autos, aber die Polizei mußte sie schützen und Herrn Seltmanns Eigentum dazu. So will es die kapitalistische Gerechtigkeit, die man Recht nennt. Warum schützt die Polizei nicht auch die angegriffenen Arbeiter?

Wenn schon Unternehmer und Polizei gegen kämpfende Arbeiter stehen, da dürfen die sogenannten Oppositionellen nicht fehlen. Sie zeigen sich dadurch, daß sie Lügenmeldungen in ihre Presse geben, in denen zu stehen hat, daß die Kämpfenden hinter der SDG. stehen und nicht hinter der Streikleitung bzw. den Gewerkschaften stehen. Das ist natürlich nicht der Fall. Aber diese Leute haben nun einmal am Lügen ihren Gefallen, da läßt sich nichts ändern. Gerade der Kampf in Köpenick zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wie einzelne durch die kommunistische Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre geschädigt wurden; sie hätten den gewerkschaftlichen Rückhalt viel lieber als Parolen und kümmerliche Betteluppen. Leider kommt diese Einsicht bei ihnen zu spät. Aber die anderen Parolenträger mögen sich's zur Warnung dienen lassen und begreifen, daß hartnäckige Seltmänner nicht mit radikalen Redensarten, schönen Versprechungen, sondern nur durch gewerkschaftliche Macht zum Nachgeben gezwungen werden.

### Grauer Star als Berufskrankheit.

Der Kampf um die Rente für die am grauen Star erkrankten Glasarbeiter wird immer schwieriger. Die Glasberufsgenossenschaft setzt alles daran, um dem so schwer geprüften Glasarbeiter die Rente vorzuenthalten. Wir werden nachstehend den Fall des Pöckglasmachers Aug. Mißbach in Ottendorf-Okrilla schildern, der 50 Jahre hindurch bei der Firma Aug. Walthersöhne in Ottendorf-Okrilla beschäftigt war. Am 27. Oktober 1927 hat die Glasberufsgenossenschaft auf Antrag unseres Kollegen Aug. Mißbach, ihm eine Rente zu gewähren, einen ablehnenden Bescheid erteilt. Zur Begründung wird nur der eine Satz angegeben: „Es handelt sich festgestelltemaßen um Alters-, nicht Glasmacherstar.“ Eine Begründung zu dieser Behauptung hat damals die Glasberufsgenossenschaft nicht gegeben. Mißbach steht im 65. Lebensjahre, hat ein Menschenalter hindurch seine Pflicht als Glasmacher erfüllt, galt als einer der geschicktesten Arbeiter im Betrieb, hat den Aufstieg der Firma aus kleinen Anfängen bis zum Großbetrieb durchgemacht, und nun, nachdem Mißbach um sein Augenlicht gebracht ist, heißt es einfach: Es liegt nicht Glasmachers, sondern Altersstar vor.

Gegen diesen ablehnenden Bescheid haben wir unterm 10. November 1927 Vernehmung an das Oberverversicherungsamt eingelegt. Das Oberverversicherungsamt Dresden hat dann beschlossen, den Augenarzt Herrn Dr. Geis in Dresden aufzusuchen zu hören, der unterm 17. März 1928 das folgende Gutachten angestellt hat:

#### Angaben.

Von 1876 bis Sommer 1927 hat er ständig als Glasmacher am glühenden Ofen gearbeitet. Im Sommer 1927 merkte er zum erstenmal, daß die Sehkraft nachließ. Er suchte zum erstenmal am 20. Juli 1927 den Augenarzt Dr. West auf, der einen beginnenden Glasmacherstar feststellte. Seit der Zeit konnte er nicht mehr am glühenden Ofen arbeiten. Das Sehen wurde zunehmend schlechter, so daß er seit Weihnachten 1927 selbst nicht großen Druck leisten kann. Er wird seit dieser Zeit nur noch mit Ein- und Auswaden beschäftigt. Es muß ihm das betreffende Glas vorgelegt werden.

#### Befund.

Beide Augen sind reizlos. Die Hornhaut und Regenbogenhaut sind beiderseits normal. Die Pupille ist verhältnismäßig groß, der Augenhintergrund leuchtet kaum auf. Nach Erweiterung der Pupille sieht man, daß der Kern beider Linien getrübt ist. Rechts ist der hintere Pol am stärksten getrübt. Die Sehschärfe beträgt rechts und links mit  $3 = \frac{1}{200}$ . Druckschmerz wird nicht gesehen. Nach telephonischer Auskunft von Dr. West fand sich bei der ersten Untersuchung am 20. Juli 1927 „rechts eine deutliche Trübung des hinteren Poles.“

#### Urteil.

Es handelt sich um grauen Star beider Augen bei einem Glasmacher, der 50 Jahre hindurch den Strahlen des glühenden Ofens ausgesetzt war. Die Trübungen sind in erster Linie Kerntrübungen, rechts ist ohne Zweifel eine stärkere Beteiligung des hinteren Poles nachzuweisen. Damit steht auch im Einklang der Anfangsbefund am 20. Juli 1927, bei dem eine vorwiegende Beteiligung des hinteren Poles rechts festgestellt wurde. Es ist daher mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die 50 Jahre lange Einwirkung der Strahlen des glühenden Ofens die Linse geschädigt hat, so daß man Glasmacherstar im Sinne der Verordnung annehmen muß. Die dadurch bedingte G.M. muß man für die Zeit vom 20. Juli 1927 bis 15. Oktober 1927 mit 25 Proz., vom 15. Oktober 1927 bis 1. Januar mit 40 Proz. und vom 1. Januar ab mit 50 Proz. bemessen.

gez. Dr. Geis.

Das Sächsl. Oberverversicherungsamt in Dresden hat am 30. Oktober 1928 in der Sache verhandelt und folgendes Urteil gefällt:

Der Bescheid vom 27. Oktober 1927 wird aufgehoben. Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger eine vorläufige Rente zu gewähren, und zwar vom 29. Juli 1927 bis 14. Oktober 1927 25 Proz., vom 15. Oktober 1927 bis zum 31. Dezember 1927 40 Proz. und vom 1. Januar 1928 ab 50 Proz.

An außergerichtlichen Kosten sind dem Kläger 6,50 RM zu erstatten.

#### Tatbestand und Gründe.

Der 1862 geborene Kläger erkrankte im März 1927 an einer Sehstörung rechts. Er begab sich in Behandlung des Augenarztes Prof. Dr. West. Das Augenleiden verschlechterte sich jedoch in der Folgezeit stark. Es trat eine Trübung der Augenslinien ein. Der Kläger hält die Erkrankung für Glasmacherstar und fordert Entschädigung von der Beklagten. Letztere zog ein Gutachten bei von Prof. Dr. West (Bl. 24 Bl.) und von der Heilanstalt für Augenranke in Leipzig (Bl. 27 Bl.) und lehnte Entschädigung mit Bescheid vom 27. Oktober 1927 ab. Sie verneint, daß das Leiden des Klägers Glasmacherstar sei, es sei Altersstar. Auf die rechtzeitige Berufung zog das Gericht ein Gutachten vom Augenarzt Dr. Geis ein (Bl. 5. 8 Bl.).

In dem Gutachten der Heilanstalt für Augenranke wird ausgeführt, daß die Sehstörungen beim Kläger auf das Alter zurückzuführen seien. Glasmacherstar sei nicht anzunehmen, da die charakteristischen Zeichen hierfür fehlten, und zwar fehle die Ablösung der Jonsalamelle. Diefem Gutachten gegenüber führte Prof. Dr. West aus, daß das Alter des Klägers zwar eine Mitursache der Sehstörung sei, wobei außerdem noch Disposition hierzu mitspreche. Es sei jedoch unwahrscheinlich, daß der Kläger schon jetzt am grauen Star erkrankt sei, wenn er nicht Glasbläser wäre. Auch die Form der Trübung spreche für Glasmacherstar. Dieser müsse deshalb mit überwiegender Wahrscheinlichkeit angenommen werden. Zu dem gleichen Ergebnis kommt Dr. Geis. Dieser führt noch aus, daß die Nichtablösung der Jonsalamelle nicht genüge zur Ablehnung des Glasmacherstars, denn dieses Zeichen finde sich zweifellos bei zahlreichen Glasmachern ebenfalls nicht. Die Erbvererbung des Klägers betrage durch die Augenkrankung vom 29. Juli 1927 bis 15. Oktober 1927 25 Proz., vom 15. Oktober 1927 bis 31. Dezember 1927 40 Proz. und ab 1. Januar 1928 50 Proz. Das Gericht hat keine Bedenken getragen, sich dem Gutachten des Dr. Geis und Prof. West anzuschließen, denn einmal hat Prof. Dr. West den Kläger von Anfang an behandelt. Er mußte deshalb auch das beste Bild über die Entwicklung der Augenkrankheit des Klägers haben, zum anderen spricht auch die Tatsache, daß

der Kläger 50 Jahre als Glasmacher am glühenden Ofen gearbeitet hat dafür, daß die Erkrankung des Klägers Glasmacherstar ist. Hiernach war der Bescheid aufzuheben und zu erkennen, wie gefeheren.

Da die Beklagte unterlag, fielen ihr die außergerichtlichen Kosten zur Last. gez. Dr. Schermann.

Gegen dieses Urteil hat die SDG. rechtzeitig Rekurs an das Reichsverversicherungsamt eingelegt und mit einem ausführlichen Gutachten der Heilanstalt für Augenranke in Leipzig vom 12. Dezember 1928 begründet. Wir wollen nur den letzten Absatz dieser Begründung anführen. Dort heißt es:

Als letzten Grund für die Anerkennung als Berufskrankheit führt die Entscheidung an, daß M. 50 Jahre vor dem glühenden Ofen gearbeitet habe. Diese Tatsache ist nur Voraussetzung für Entstehung von Glasmacherstar, schafft die Möglichkeit des Entstehens. Trotz jahrzehntelanger Arbeit am Glasofen bekommt aber nur ein geringer Prozentsatz von Glasmachern den Glasmacherstar. (Vergl. Statistik d. Glasbläserzweiges von Kraupa und anderen, zusammengestellt in Kraupa: Der Glasmacherstar.) In anderen jenseits Starformen können alte Glasmacher genau so erkranken wie Angehörige anderer Berufe. Die jahrzehntelange Arbeit am Glasofen kann jedenfalls die Annahme Glasmacherstar noch nicht begründen. Somit müssen wir dazu übergehen, jeden Star bei Glasmachern als Glasmacherstar anzusehen.

Der Direktor der Heilanstalt. gez. Dr. Holmer. Unterschrift. Oberarzt der Klinik. (Fortsetzung folgt.)

### Bradwede.

Am 13. Juli 1930 tagte bei Hellmann in Bradwede eine Glasarbeiterversammlung, die sich u. a. mit der am 9. Juli angekündigten Kündigung der gesamten Belegschaft beschäftigte.

Der Betrieb, der über ein halbes Jahrhundert bestanden hat und in stottern Zeiten über 600 Arbeitern Beschäftigung gegeben hat, ist heute nicht mehr rentabel. Die früheren Arbeiter dürften sich zu beneiden, die durch die fleißigen Hände anderer zu Millionären geworden waren.

Heute, wo auch in diesem Betrieb mit Maschinen gearbeitet wird, und eine ungeheure Produktion herausgebracht wird, ist für 350 Arbeiter keine Beschäftigung mehr vorhanden. Auch diese sollen, weil es der Kapitalismus will, nicht mehr arbeiten. Die Arbeit wird ihnen genommen. Diese Maßnahme von seiten des Gerresheimer Konzerns ist um so härter, da es unseren Glasmachern nicht möglich sein wird, in ihrem Fach wieder Arbeit zu bekommen; denn ihre Arbeit macht die Maschine. Das Kapital zieht den Profit und macht die Arbeiter arbeits- und brotlos.

Ganz besonders scharf wurde das Verhalten der christlichen Organisation gerügt, weil der Gauleiter, ohne die Leitung des Peramirischen Bundes davon in Kenntnis zu setzen, beim Generaldirektor Sche in Gerresheim vorstellig geworden ist, um zu erfahren, warum der Betrieb stillgelegt werden sollte. Für sind nach unserer Kenntnis Fragen seitens der christlichen Gewerkschaft gestellt worden, die der Belegschaft gegenüber, gelinde gesagt, unverantwortlich sind. Glaubt denn ein christlicher Vertreter von einem Generaldirektor den wahren Sachverhalt der Stilllegung der Glashütte Teutoburg zu erfahren? Wer das glaubt, dem kann man nur sagen „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Bei der Kündigung wurde auch gleich die Kündigung des Wohnungsverhältnisses ausgesprochen. Wie das geregelt wird, bleibt noch abzuwarten. Öffentlich hat die Firma noch etwas Einsicht und jetzt erträgliche Rieten fest, damit die lerge Unterstützung nicht allein für Miete aufgewandt werden muß, denn die Glasmacher müssen leben; dazu haben auch sie ein Recht.

### Röln.

Brügel statt Lohn. Ein Arbeiter von 18 Jahren alt, war vom 17. Juni bis 12. Juli bei einem Borger Unternehmer Hubert Duhn beschäftigt. In der letzten Woche wurde er gezwungen, in vier Tagen 67 Stunden zu arbeiten. Nach den vorliegenden Lohnzetteln erhielt er für 67 Arbeitsstunden, à 30 Pf., 20,10 RM. Hiervon kamen in Abzug:

Für vier Tage Verpflegung à 2,50 RM	10,— RM
Bordschuß	1,30 "
Verbrochenes Glas	5,— "
Kranken- und Invalidenversicherung	2,24 "
	18,54 RM

Zur Auszahlung gelangen 1,56 RM.

In Worten: Eine Reichsmark und 56 Pfennig.

Der Arbeiter war anscheinend einer von den ewig Unzufriedenen. Er wollte diese Rechnung nicht anerkennen.

Hierauf erhielt er von seinem Arbeitgeber zum Ausgleich aller Forderungen eine Tracht Brügel. Das ist die Methode in der Vorkriegszeit, wo der Unternehmer Alleinherrscher des Betriebes war, und in zahlreichen Fällen Mißhandlungen schimulster Art keine Seltenheit waren. Solche Methoden, eine solche brutale Behandlung, die in Ostelbien das Prinzip der Großgrundbesitzer ist, glaubte auch Herr Duhn anwenden zu können. Wir haben uns der Angelegenheit angenommen und bereits Strafantrag wegen Mißhandlung gestellt; auch das Arbeitsgericht wird sich mit der eigenartigen Lohnaufrechnung befassen. Solche Methoden, die früher öfters vorkamen zu der Zeit, wo jeder gewerkschaftliche Zusammenschluß fehlte, sind heute glücklicherweise durch die tatkräftige Arbeit der Gewerkschaften überwunden. Auch Herr Duhn wird belehrt werden, daß er keine Arbeiter anständig behandeln muß.

### Kahnhütte.

Streit bei der Firma Eduard Bornkessel in Meilenbach. Die Kollegen der Flafonglasindustrie machen wir darauf aufmerksam, daß bei der Firma Eduard Bornkessel, Glasbläserwerk in Meilenbach, Lohnunterschiede ausgebrochen sind. Die Firma hat einseitig Lohnabbau vorgenommen. Die in Frage kommenden Kollegen haben daraufhin die Arbeit niedergelegt.

Arbeitsgesuche sind abzulehnen, wie wir darum bitten. Arbeitsangebote bei der genannten Firma zu unterlassen. Bezirkszahlstelle Kahnhütte.



### Zur Kündigung des Tarifes der feinkeramischen Industrie.

Die Kollegen im Reich nehmen nacheinander Stellung zur Kündigung des Reichstarifvertrages und des Lohnabkommens für die feinkeramische Industrie, und bringen in schriftlichen Mitteilungen und in Resolutionen ihre Entrüstung gegen das Vorgehen der Unternehmer zum Ausdruck. In nachfolgendem bringen wir die Auffassungen einzelner Zahlstellen zur Kenntnis.

München. Die am 8. Juli, abends 8 Uhr, in der Turnhalle des Arbeiterportvereins tagende Verwaltungs- und Vertrauensmännerversammlung nahm zu den Kündigungen der sämtlichen Tarife für die feinkeramische Industrie Stellung. Es ist allen Anwesenden klar, daß die Arbeitgeber mit der Kündigung der Tarifverträge eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die für die Arbeiterschaft absolut untragbar ist, durchsetzen wollen. Die Kündigung beweist, daß die Arbeitgeber von Lohn- und Preispolitik nichts verstehen, bzw. nichts verstehen wollen, sondern nur ihre Profitrate auf Kosten der Arbeiter erhöhen wollen.

Sämtliche Anwesenden erheben gegen dieses Treiben scharfsten Protest in der Öffentlichkeit und erklären, alle Kräfte und Kräfte anzuspannen, um diesem Treiben, daß sich für die Arbeiterschaft katastrophal auswirken muß, den gesamten Widerstand der gewerkschaftlichen Macht von Seiten unserer Organisationsentgegenzusetzen. Wir sprechen der Leitung des Keramischen Bundes im Fabrikarbeiterverband in diesem schweren und bevorstehenden Kampf unser bestes Vertrauen aus, indem wir wissen, daß sie kein Mittel unversucht lassen wird, die Verschlechterungen, die uns im Arbeitsprozeß drohen, abzuwehren.

Sonnberg. Am Sonnabend, dem 12., und Sonntag, dem 13. Juli, fanden im Zahlstellengebiet Sonneberg-Foburg zwei Konferenzen der Porzellanarbeiter statt, welche Stellung zu der Kündigung der Tarife durch die Arbeitgeber nahmen. Die Kollegen vertreten den Standpunkt, daß es von der Zentralbranchenleitung richtig gewesen sei, daß der Tarif nicht gekündigt wurde. Sie geben aber der Erwartung Ausdruck, daß, wenn nun einmal die Arbeitgeber den Vertrag gekündigt haben, wir alles daran setzen müssen, eine Verschlechterung abzuwehren. Sie erwarten von der Zentralbranchenleitung ganz besonders, daß sie alles tut, um auch die kleinsten Verschlechterungen abzuwehren. Die Zahlstellenleitung wird das Vorgehen der Unternehmer den Kollegen und Kolleginnen in einzelnen Betrieben vor Augen führen und ihnen beweisen, daß nur durch die Organisation ihre Interessen vertreten werden können.

Frankfurt a. O. Die Funktionäre der Zahlstelle Frankfurt a. O. nahmen in einer Sitzung, am 12. Juli, zur Kündigung der Tarifverträge Stellung und beauftragten den Verband, besonders die Belegschaft der Steingutfabrik Baetsch in Frankfurt a. O. Ober im Kampf für den Tarif zu unterstützen, weil die Firma Gebrüder Baetsch jetzt aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist und nun vielleicht glaubt, daß der mit diesem Verband abgeschlossene Vertrag für sie nicht maßgebend ist. Die Belegschaft ist sich bewußt, daß sie nur Schulter an Schulter mit ihren übrigen Kollegen und Kolleginnen in der Steingutindustrie ihre Rechte vertreten kann.

Vordamm. Die Zahlstelle Vordamm protestiert aufs schärfste gegen den Abschluß des letzten Vertrages. Sie ersucht die Branchenleitung, in Zukunft solche Verträge nicht mehr abzuschließen. Die Mitglieder sind erregt insbesondere darüber, daß beim letzten Vertrag eine vierzehntägige Frist vorgesehen war, während der keine Kampfmaßnahmen seitens der Parteien erfolgen sollten. Die Mitglieder stehen auf dem Standpunkt, daß sie als Kampfruppe solche Ruhepausen ablehnen.

Elmhorn. In der Belegschaftsversammlung der Firma Carlstens (Steingutfabrik) in Elmhorn, die am Dienstag, dem 15. Juli stattfand, wurde zu der Tarifkündigung des Arbeitgeberverbandes Stellung genommen. Von der Belegschaftsversammlung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma C. & C. Carlstens in Elmhorn sprechen ihre Verwunderung darüber aus, daß die Arbeitgeber den Tarifvertrag kündigen, einen Tarifvertrag zu kündigen, der in Lohn- und den sonstigen Bestimmungen den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht und noch Abbau vorzunehmen gebietet.

Die Belegschaftsversammlung erwartet von der Tarifkommission und dem Bundesvorstand, bei der Verhandlung das Sonderabkommen betr. Regelung der Arbeitszeit nicht wieder abzuschließen, ferner einen Ausbau des Urlaubs, Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung den heutigen Verhältnissen entsprechend durchzusetzen.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß zur Durchführung obiger Forderung ein straffes Organisationsverhältnis notwendig ist und verpflichtet sich deswegen, den letzten Nichtorganisierten der Organisation zuzuführen.

### Beschäftigungszahlen in der nordbayerischen Porzellanindustrie.

Die beiden Kreise Oberfranken und Oberpfalz im Freistaat Bayern sind für die Porzellanindustrie von ausschlaggebender Bedeutung, werden doch hier rund 35 Prozent aller in der feinkeramischen Industrie tätigen Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigt. In Oberfranken und in der Oberpfalz wird mit ganz geringen Ausnahmen nur Porzellan hergestellt, Porzellanartikel jeden Genres, Weichir von der einfachsten bis zur besten Qualität, hochwertige Kunstgegenstände und elektrotechnisches Porzellan. Die Steingutproduktion beschränkt sich auf vier kleinere Betriebe.

Laut einer Statistik unseres Verbandes, am Jahresluß 1927 aufgenommen, waren 25.590 Personen in der Industrie beschäftigt. Davon waren 13.454 oder 52,6 Prozent Männer, und 12.136 oder 47,4 Prozent Frauen, gemessen an der damaligen Gesamtbeschäftigungszahl in der feinkeramischen Industrie des Reiches, rund 35 Prozent. In Oberfranken und der Oberpfalz sitzen die kapitalträchtigen Betriebe unserer Industrie, die es auch mit wenigen Ausnahmen verstanden haben, die neuesten Errungenschaften der Technik, soweit sie für die Porzellanindustrie, die allerdings immer noch stark auf die Handarbeit angewiesen ist, in Frage kommen, für ihre Werke nutzbar zu machen. Es ist noch nicht lange her, daß das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften in der Industrie ein ganz anderes gewesen ist, als wie bei Aufnahme dieser Statistik. Noch im Jahre 1907 war das Prozentverhältnis der beschäftigten Frauen zu den Männern nur 37 Prozent. Die Verschiebung zugunsten der Männer ist in der Hauptsache auf die oben erwähnte Tatsache zurückzuführen, daß die Betriebe stark modernisiert und mit den neuesten technischen Errungenschaften ausgestattet wurden. In der Prozentzahl der beschäftigten Frauen wird Nordbayern nur durch die schlechten Betriebe überrepräsentiert liegt aber unter dem Reichsdurchschnitt, der 36 Prozent Männer und 44 Prozent Frauen in der gleichen Zeit aufweist.

Die Gesamtbeschäftigungszahl in Oberfranken und in der Oberpfalz ist seit dieser Zeit um rund 2400 oder 9,3 Prozent zurückgegangen. Der Prozentanteil der weiblichen Beschäftigten hat sich aber weiter gesteigert auf 49,4 Prozent, also beinahe die Hälfte der in den Betrieben Beschäftigten sind Frauen. Vor allen Dingen hat das weibliche Element in den Verzierungsabteilungen erheblich zugenommen. Aber auch in den Weichirabteilungen, Drehereien und Glaserarbeiten ist eine starke Zunahme der Frauen zu beobachten. Beide Abteilungen der feinkeramischen Betriebe waren früher in der Hauptsache durch gelernte Männer, also hochqualifizierte und entsprechend bezahlte Arbeitskräfte, besetzt.

Der Erfolg dieser besserbezahlten männlichen Arbeitskräfte durch Frauen läßt ohne weiteres den Schluß zu, daß sich dadurch das Lohnkostenkonto bedeutend gesenkt haben muß. Diese Tatsache kann auch von Arbeitgeberseite nicht mehr bestritten werden. Während die Arbeitgeber noch vor wenigen Jahren behaupteten, daß der Lohnanteil in der feinkeramischen Industrie etwa 47 Prozent an den Gestehungskosten betrage, haben sie diese Behauptung heute wesentlich eingeschränkt. Für manche Zweige der Industrie sind sie bis auf 33 Prozent zurückgegangen. Nach unseren Wahrnehmungen, die an der Hand von Verkaufspreisen gemacht worden sind, ist aber auch dieser Prozentsatz noch viel zu hoch. Würde der Lohnanteil tatsächlich um 40 Prozent herun liegen, dann müßte die Verdienstmöglichkeit unserer Kollegschaft eine viel bessere sein, als sie tatsächlich ist.

Eine von uns in der Mitte des vorliegenden Jahres durchgeführte Verdienstatistik ergibt so erschreckend niedrige Durchschnittsverdienste, daß hinter die Behauptung der Arbeitgeber über die Höhe des Lohnanteiles nicht nur ein, sondern mehrere Fragezeichen gemacht werden müssen. Weisen schon die Verdienste der Sacharbeiter eine erschreckende Niedrigkeit auf, so ist das noch viel schlimmer bei den Arbeiterinnen, besonders bei den ungelerten, mit welcher Tatsache bemessen ist, daß das Verdienen der männlichen Arbeitskraft im Betrieb für die Unternehmer ein doppeltes Gewicht bedeutet hat. Es wurde der Lohn für den männlichen Sacharbeiter gesparrt, und die an seine Stelle getretene Frau mußte sich gefallen lassen, daß ihr an und für sich in zu weitem Abstand vom männlichen Lohn stehender Lohn noch besonders gedrückt wurde. Daran sind unsere Kolleginnen selbst nicht ganz unschuldig, weil sie gegenüber den Abbauwünschen der Arbeitgeber noch bedeutend weniger Widerstand aufbringen als die Männer.

Die geringere Widerstandskraft der Arbeiterinnen gegenüber dem Unternehmer hat ihre natürlichen Erklärungen. Wenn wir einerseits feststellen können, daß beinahe 50 Prozent der Beschäftigten Frauen sind, und andererseits die Tatsache verzeichnen müssen, daß nur 33 Prozent der Gesamtmitgliedschaft weiblich sind, so wissen wir, wo des Pudels Kern zu suchen ist. Die Arbeiterin muß mehr als bisher Interesse an der Organisation nehmen. Nur dann wird sie den ihr gebührenden Anteil an ihrer Arbeit durchsetzen können.

Auß der Verschiebung der Beschäftigungszahlen ergibt sich aber noch eine andere Schlussfolgerung. Der Arbeitgeber part nicht nur an Löhnen, sondern auch, im Unternehmerjargon gesprochen, an den dreimal vermehrfachten Soziallasten. Infolge des geringen Lohnes, den die Frau erhält, sind natürlich die

Beiträge zu den sozialen Einrichtungen, und dann auch der Anteil des Unternehmers niedriger.

Diese Vorteile hat auch die bayerische Industrie sich in ausgiebigem Maße zunutze gemacht. Jetzt ist die Unternehmerschaft drauf und dran, einen erneuten Wertezug auf den Lohn der Arbeiter zu unternehmen. Das beweist die Kündigung der Verträge, die nicht zuletzt auch auf die Einflüsse der bayerischen Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zurückzuführen ist.

Wenn die Herren über die mangelnde Gewinnmöglichkeit in ihren Betrieben klagen und daran dem angeblich zu hohen Arbeitslohn die Schuld geben, so sollen sie auch nicht vergessen, was sie mit dem erzielten Gewinn in den letzten Jahren alles zusammenhaken, erwerben und neu errichten konnten. Dieser Hinweis dürfte genügen, wenn nicht, können wir auch deutlicher werden. Die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie Oberfrankens und der Oberpfalz ist auch nicht mit Blindheit geschlagen. Sie hat beobachtet, wo in den einzelnen Werken verbessert und umgestaltet wurde und wie diese zum Teil erweitert worden sind. Sie hat auch gesehen, daß trotz verminderter Belegschaft und verkürzter Arbeitszeit die Produktion nicht oder ganz unwesentlich zurückgegangen ist. Scharf zurückgegangen ist aber ihre Verdienstmöglichkeit. Die nordbayerischen Porzellanarbeiter werden daraus den Schluß ziehen und sich auf die Absichten der Arbeitgeber vorbereiten durch Festigung und Ausbreitung ihrer Organisation, damit sie gegen alle Wechselfälle ihres Arbeiterschicksals gewappnet sind.

### Franz Palme zum Abschied.

Am 1. Juli 1930 vereinigten die freigeordneten Glas- und Porzellanarbeiter ihre Verbände zum „Verband der Glas- und Keramarbeiter und -arbeiterinnen“ in der Tschechoslowakischen Republik, mit dem sie in Teplich-Schönan, Der Kollege Franz Palme, Obmann des bisher selbständigen Verbandes der Keramarbeiter, trat mit diesem Zeitpunkt aus den Diensten der Organisation, in der er seit 1902 Vorsitzender, und seit 1901 angestellt war. Es sind also fast 30 Jahre, in denen er die Kollegschaft „brühen“ betreute. Franz Palme ist der Sohn armer Eltern und wurde am 17. August 1865 in Neuwelt in Böhmen geboren, besuchte die Volksschule, lernte Porzellanmaler und bildete sich auf den Zeichenschulen in Neuwelt und Wien beruflich weiter. Als Arbeiter lernte er das Leid der Proletarier genügend kennen und aufgeweckt, wie er war, suchte und fand er frühzeitig den Weg zur vorwärtsstrebenden Arbeiterbewegung. Schon im Jahre 1891 gehörte er dem Fachverein der Glas-, Porzellan- und Industrieremaler in Wien an, und ein Jahr später arbeitete er bereits im Ausschuß dieses Vereins in der Unterrichtsfektion mit.



Seit jener Zeit wirkte er als Mitglied und Funktionär in den damaligen Fachvereinen, in der Union der keramischen Arbeiter, und dann im Porzellanarbeiterverband für die Sache der Arbeiter im gewerkschaftlichen Sinne, und im früheren Österreichischen, und in der Nachkriegszeit auch eine Zeit als sozialdemokratischer Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament. Außerdem war er auch als Gemeindevertreter und als Bürgermeister in Tschern tätig.

Franz Palme stand also fast drei Jahrzehnte in den vordersten Reihen der Kämpfer im alten Österreich und in der jetzigen Tschechoslowakei, und hat ein arbeits- und kämpferisches Leben hinter sich. Wenn wir ihm als deutsche Kollegen den Abschiedsgruß widmen, so deshalb, weil wir ihm dafür danken, daß er für unsere Kollegschaft im alten Österreich und in der jetzigen Tschechoslowakei unermüdet tätig war, und weil er auch in der Keramarbeiter-Internationale sich stets für die Verbesserung der Berufsverhältnisse der Porzellanarbeiter einsetzte. Wir sind uns der Zustimmung der deutschen Kollegschaft sicher, wenn wir ihm noch lange Jahre einen schönen Lebensabend wünschen.

### Münchener Bund.

Die Einlassung des Münchener Bundes in Nürnberg vom 14.-16. Juli 1930 für die diesem angeschlossenen Fachgeschäfte für Glas-, Porzellan-, Lugs- und Lederwaren, Haus- und Küchengeräte und Eisenwaren stand unter dem Eindruck der sich auch in diesen Artikeln immer mehr auswirkenden schlechten Wirtschaftslage. Der Besuch durch die Mitglieder war gut, die Aufträge der Zahl noch, vor allem für die von den Fachabteilungen in ihren Ausstellungen geeigneten Artikel voll und ganz befriedigend. Die Höhe der Einzelaufträge war jedoch den erheblichen verschlechterten Abnahmeverhältnissen angepaßt. Bei den Aufträgen gelangte allenthalben die Baiffellankel zur Anwendung, um so die Auftragsverteilung auf längere Sicht, insbesondere für das Weihnachtsgeschäft, zu ermöglichen.

### Organisationsgeschichtliches der Porzellanarbeiter in England.

(Fortsetzung.)

Die Lohnverträge, die im Jahre 1871/72 gegeben worden waren blieben ungedändert für vier Jahre. In der Zeit von 1871 bis 1875 war die außerordentlich gute Konjunktur vorüber, und am Montagstag 1876 verlangte eine Anzahl Unternehmer eine Lohnreduktion in Höhe von 10 Prozent, die sie durch folgendes begründeten: „Erstens der niedrigeren Nachfrage nach Waren, zweitens die gesunkenen Verkaufspreise.“ Sie beriefen sich ferner darauf, daß während der guten Zeit Zulagen gegeben worden sind, aber niemals eine Reduktion vorgekommen ist, während im ganzen Reich die Arbeiter mit einer Lohnreduktion einverstanden waren.

Die Sache kam vor ein Schiedsgericht. Der Schiedsrichter erklärte, daß die Unternehmer wohl in dem ersten Punkte recht hätten, aber nicht in ihrer Behauptung, daß die Lohnzulagen im Jahre 1872 von beiden Seiten nur als eine Grundlage angenommen, und daß sie nicht gegeben worden sind für eine Zeit der guten Konjunktur mit der Absicht, sie abzubauen, wenn das Gewerbe danieder liegt. Der Schiedsrichter hob ferner hervor, daß die Unternehmer nicht für alle Branchen eine Lohnreduktion verlangt hätten. Diese antworteten darauf, daß nicht alle Branchen die Zulage im Jahre 1872 bekommen hätten. Der Schiedsrichter bemerkte nun, daß die Gleichheit, die im Jahre 1872 hergestellt wurde, durch die Lohnzulage wieder abgeschafft werden würde und gab sein Urteil gegen die Unternehmer ab. Trotzdem sie stark enttäuscht waren, fügten sie sich.

Vom Jahre 1872 an wurden maschinelle Einrichtungen allmählich eingeführt, aber der zuletzt genannte Schiedspruch brachte eine starke Zunahme. Die Arbeiter haben nie versucht, die Einführung von Maschinen zu widersetzen. Sie haben aber gewarnt, daß das, was ihren Unternehmern zum Nutzen ist, sie selbst nicht schädigen soll.

Am Montagstag 1879 versuchten die Unternehmer wiederum eine Reduktion von 10 Prozent bei den Löhnen durchzusetzen, was ihnen 1876/77 nicht gelungen war. Lord Hatherton wurde als Schiedsrichter gewählt, und als er nach einer Grundfrage, wurde er von beiden Parteien informiert, daß er die Verkaufspreise von 1872 als Grundlage nehmen soll. Das war ein Abgehen von dem Prinzipien, die im Schiedspruch von 1877 niedergelegt waren, und die Vertreter der Arbeiterschaft klagten bald darüber, daß sie der Beziehung zwischen Preisen und Löhnen zugestimmt hätten. Lord Hatherton entschied sich dahin, daß ein Abzug von 1/4 Prozent, gleich einem Penny pro Schilling, für vier Jahre durchgeführt werden soll. Von diesem Lord Hathertons-Penny wurde mehrere Jahre hindurch in Erbitterung gesprochen. In dem folgenden Jahre sprach die Unternehmung wieder von dem Herabgehen der Verkaufspreise, und in späteren Tagen wurde es eine allgemeine Ueberzeugung im Gewerbe, daß, wenn Lord Hatherton keine Lohnreduktion zugestimmt hätte, dieses die Unternehmer gegenüber ihren Abnehmern hart gemacht und die rücksichtslose Konkurrenz unter ihnen vermindert haben würde, und so die Stabilität der gesamten Industrie gefestigt worden wäre.

Im Herbst 1880 stellte jede Branche gesondert die Forderung, daß der von Lord Hatherton gemachte Abzug rückgängig gemacht werden sollte. Die Forderung war deshalb von jeder

Branche gesondert gestellt worden, um zu verhindern, daß die Frage der Verkaufspreise wieder auftauchen sollte. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab und so wurde ein allgemeines Schiedsgericht wieder notwendig. Lord Brassey wurde als Schiedsrichter gewählt. Zwischen ihm und den Vertretern der Arbeiter war eine rege Aussprache über das Prinzip, daß die Verkaufspreise die Löhne regulieren sollten. Die Unternehmer standen aber nun der Frage gleichgültig gegenüber. Sie beriefen sich einfach darauf, daß die Preise sich erniedrigt hätten. Die Arbeiter waren im Nachteil, denn sie waren nicht imstande, aktuelle Auskünfte über die Verkaufspreise herbeizubringen; sie wandten sich dann an die Staatsregierung, um Unterstützung ihrer Forderung für eine Erhöhung der Löhne. Die Unternehmer sind immer sehr vorsichtig gewesen, daß ihre Mitmenschen nicht erfahren, welche Preise sie erhalten. Lord Brassey sprach während des Ganges der Prüfung die Worte, daß fast unüberwindliche Schwierigkeiten bestehen, die Löhne mit den Verkaufspreisen in der Steingutware zu vergleichen, und zwar führt er das auf die große Verschiedenheit der Artikel hin, die hergestellt und verkauft werden. Zum Schluß gibt Lord Brassey seinen Schiedspruch zugunsten der Unternehmer ab und begründet ihn damit, daß sich die Verhältnisse seit der Zeit, wo Lord Hatherton den Schiedspruch fällte, nicht geändert haben. Die Arbeiter waren sehr unzufrieden und zogen sich von der Schiedsgerichtsbarkeit, die für das Gewerbe errichtet war, zurück. Während des Jahres 1881 versuchten die Vertreter der Arbeiterschaft dieses Schiedsgericht wiederherzustellen. Die Arbeiter jedoch widerstrebten dem, und die Unternehmer ließen in dieser Frage auf sich warten.

(Fortsetzung folgt.)



### Rationalisierung ist verbunden mit Stilllegung.

Der Zweck der Rationalisierung sollte sein: bessere Versorgung der breiten Massen des arbeitenden Volkes mit den zum Leben notwendigen Gütern, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Wohnung, Nahrung und Kleidung, mehr Lebensfreude, Verbesserung des Arbeitsschubes, Verbesserung der Sozialpolitik.

Die falsche kapitalistische Rationalisierung, die nur auf Steigerung des Kapitalgewinns bedacht ist, deren schädliche Wirkung gegenwärtig die deutsche Arbeiterschaft zu spüren bekommt, vergrößert Not und Armut ins Ungeheure, weil mit Hilfe verbesserter Maschinen, verbesserter Arbeitsmethoden im rationalisierten Arbeitsprozeß alle Bedarfsgegenstände schneller und billiger hergestellt werden als bisher.

Besonders auch die Ziegeleiarbeiter sind von den Folgen der falschen Rationalisierung hart getroffen. Man kann auch nicht direkt von einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft in der Ziegelindustrie sprechen, weil ja die Ziegeleiarbeit in primitiven Handbetrieben früher körperlich bedeutend schwerer war als in den heutigen technisierten Betrieben. Wohl hat die Rationalisierung für den Ziegeleiarbeiter Vorteile und Erleichterungen gebracht, aber auch zu gleicher Zeit Verdrängung vieler Ziegeleiarbeiter zur Arbeitslosigkeit, zu Not und Elend.

Sollen doch auch die Ziegeleiarbeiter die Vorteile der Rationalisierung genießen, so beweisen die Tatsachen aber doch das Gegenteil. Einseitig, allein dem Ziegeleibesitzer kommen die Vorteile zugute. Die Vorteile, die erhöhten Gewinne, die er durch Einführung arbeitssparender Maschinen, durch gesteigertes Arbeitstempo, durch Lohnsenkung und künstliches Hochhalten der Steinpreise erzielt. Wie und wozu der Unternehmer die Vorteile, die erhöhten Gewinne der Rationalisierung verwendet, wird uns folgende Schilderung eines Ziegeleiarbeiters, welches in einem nicht erheblich großen Ort in Vorpommern liegt, zeigen:

Das Unternehmen besteht aus vier Ziegeleiwerken, welche mit Streichmaschinen ausgerüstet sind. Bei voller Ausnutzung der Werke kann eine Wochenproduktion von einer halben Million Steine erreicht werden. Ein wirklich leistungsfähiges Unternehmen, welches bis zu 200 Arbeiter beschäftigen kann. Abfahrschwierigkeiten kommen nicht in Betracht, weil die Lage sehr günstig ist, so daß die Steine meist in der näheren Umgegend abgesetzt werden können. Deshalb sind die Steinpreise meist beständig, der Durchschnittspreis beträgt 40-45 RM.

Die Leistungsfähigkeit ergibt sich hier, wie wir sehen, ohne weiteres. Nun sollte man annehmen, daß die Arbeiter dieses Unternehmens auch einigermassen bezahlt würden, also auch einen Anteil an den Früchten der Rationalisierung haben. Da haben wir uns nun geirrt. Der Stundenlohn eines Vollarbeiters über 20 Jahre beträgt 67 Pf.

Der Unternehmer weiß die Gewinne anderswo anzulegen. Er läßt ein oder zwei Werke stilllegen, um seine Ueberproduktion herbeizuführen und dadurch die Steinpreise zum Sinken zu bringen. Diese stillgelegten Werke werden nun von den Gewinnern, die die im Betrieb stehenden Werke abwerfen, unterhalten. Bedenken wir nur, daß das eine stillgelegte Werk pro

tausend Steine immer eine Mark an die Kirche abführen muß für die Ausbeutung der Tongrube, gleich, ob es produziert oder nicht. Dazu kommen die Steuern und sonstigen Verfallsunkosten. Aber die beiden im Betrieb stehenden Werke werfen nun soviel ab, daß alle stillgelegten Werke mit erhalten werden können. Die Zahl der Arbeiter ist auf annähernd hundert gesunken. Ein Teil der Entlassenen versucht außerhalb Beschäftigung zu finden, ein anderer Teil bezieht Wohlfahrtsunterstützung.

Warum läßt der Unternehmer nun eins oder zwei seiner Werke stilllegen? Abfahrschwierigkeiten bestehen nicht! Hier können wir nur antworten: um seine Steinpreise hochzuhalten und um seinen Kollegen, der im selben Ort auch ein kleines Ziegeleiwerk besitzt, welches der Neuzeit nicht entspricht, also ein primitiver Handbetrieb ist, nicht Konkurrenzunfähig zu machen.

So leicht es diesem Unternehmer fiel, seinen Kollegen mit dem primitiven Handbetrieb Konkurrenzunfähig zu machen, indem er seine Steine billiger verkauft, seine Arbeiter besser bezahlt, die Arbeitszeit verkürzt, so schwer entscheidet er sich, dieses zu tun, trotzdem er Außensteiter ist, also nicht dem Verband Pommerischer Ziegel- und Hartsteinwerke G. V. angehört. Er läßt einige seiner Werke stilllegen, erhöht hierdurch die Nachfrage nach Steinen, hält die Steinpreise damit so hoch, daß auch sein Konkurrent mit dem primitiven Betrieb in der Lage ist, weiter zu bestehen. Unmöglich wäre das, wenn die Steinpreise beträchtlich gesenkt würden. Entweder würde das primitive Unternehmen Konkurrenzunfähig sein, oder es würde zur Rationalisierung gezwungen.

Einen Ausgleich sucht der Unternehmer darin, daß er seine Arbeiter um den Tariflohn und den Urlaub betrügt. Wer sich den Urlaub oder den Tariflohn durch den Verband einklagt, fliegt raus, oder wird im nächsten Frühjahr bei Beginn der Saison nicht wieder eingestellt.

Um in seinem Betrieb schalten und walten zu können, wie er will, versucht der Unternehmer in jedem Frühjahr Arbeiter von außerhalb, soviel wie möglich, meist Unorganisierte oder Landarbeiter, heranzuziehen, die dann nicht so anspruchsvoll sind wie die ortsanfälligen organisierten Ziegeleiarbeiter. Organisierte Ziegeleiarbeiter stellt er nur dann ein, wenn er anderweitig keine Arbeiter mehr bekommen kann.

Kleiner Umsatz, großer Nutzen, niedrige Löhne, hohe Preise, Ausbeutung der Arbeiterschaft bis aufs äußerste, das ist das Ziel auch dieses Unternehmers.

Jeder Kollege und jede Kollegin muß sich jetzt fragen: soll das der Sinn der Rationalisierung sein, das heißt die Anwendung der Vernunft in der Wirtschaft? Nein: Sinn und Zweck der Rationalisierung darf nur sein, daß die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung besser mit den Dingen versorgt werden, die sie zum Leben gebrauchen. Dazu bedarf es der besseren Verteilung des Arbeitsertrages. Alle Ziegeleiarbeiter, zusammenschlossen im *K e r a m i s c h e n B u n d*, im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, vermögen dies zu erreichen.

Diito Rosenthal.

### Eigennutz vor Gemeinwohl.

Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ brachte in ihrer Nummer vom 14. Juli einen Artikel, überschrieben: „Eigennutz vor Gemeinwohl. Warum der Sturm gegen die städtischen Ziegeleien.“ Der Inhalt bestätigt unsere Auffassung und unsere Darlegung, die wir bei der Lohnverhandlung machten, und die mehreren Kollegen ja bekannt sind. Die Schlussfrage des Artikelforschreibers: „Ist der Notzweck der Ziegeleibesitzer begründet?“ haben auch wir bei den Verhandlungen auf das strikteste verneint, und dennoch haben wir nicht verachtet, eine Lohnsenkung zu verheißeln. Nicht die Lage der Industrie, sondern andere Verhältnisse und Bestrebungen der Arbeitgeber veranlassen uns, den bekannten Vergleich zu schließen.

Der Artikel wird auch unsere Kollegen interessieren, und wir lassen ihn wörtlich folgen:

„Die städtischen Ziegeleien müssen nach der Ansicht der privaten Ziegeleibesitzer von der Bildfläche verschwinden, schreibt der Wirtschaftsband sinngemäß in Nr. 336 der „Düsseldorfer Nachrichten“. Nun, warum sollen die Ziegeleien verschwinden? Dies dürfte leicht verständlich sein, weil dann den privaten Ziegeleibesitzern in der Preisgestaltung der Ziegelsteine Tür und Tor geöffnet sind. Der Wirtschaftsband versucht in diesem Artikel, die Öffentlichkeit bewußt zu irritieren, indem angeführt wird, derartige Betriebe seien dazu angetan, den Beamtenapparat aufzublähen und die Pensionsbelastungen ständig zu erweitern, da nicht allein Beamte, sondern auch pensionsberechtigter Arbeiter aus solchen Betrieben hervorgingen.

Eigentlich müßte der Wirtschaftsband wissen, daß die Arbeiter in den Ziegeleien zum größten Teil von Lippe, Schlesien, Hessen und Thüringen herkommen, und im Herbst nach Saisonabschluss in ihre Heimat reisen, dann aber keine Pension beziehen, sondern dem Erwerbslosenstand preisgegeben sind. Selbst die Leiter dieser beiden Betriebe sind nicht pensionsberechtigter; auch das müßte der Wirtschaftsband wissen. Hieraus ergibt sich man die Unkenntnis und Unaufrichtigkeit der Stadtratsfraktion des Wirtschaftsbandes. Denn bevor man über Dinge schreibt, die einem weisensfremd sind, soll man sich vorher unterrichten lassen,

um sich später nicht zu blamieren. Mit den angeführten Argumenten versucht der Wirtschaftsband, die Öffentlichkeit irrezuführen, indem man behauptet, daß die Gewinne der städtischen Betriebe nicht der Bürgererschaft, sondern den pensionierten Ziegeleiarbeitern zugute kämen.

Der Sturm gegen die städtischen Ziegeleien bedeutet etwas anderes. Wenn es den privaten Ziegeleibesitzern gelingen würde, die städtischen Ziegeleien zur Stilllegung zu bringen, so bestände freie Bahn für die Preisgestaltung.

Ein Beispiel für die künstliche Hochhaltung der Preise ist folgendes: Die vor zwei Jahren neuerbaute, modern eingerichtete Ziegelei in Reisholz, welche dem *Hege-Konzern* angeschlossen ist, war in der Lage, die Ziegelsteine billiger zu verkaufen als das Verkaufssyndikat. Es waren Preisunterschiede vorhanden, die zwischen 6-10 RM pro tausend Stück schwankten. Nun sah sich das Verkaufssyndikat gezwungen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Konkurrenz zu beseitigen. Dies ist auch gelungen, indem jährlich ein großer Betrag an den *Hege-Konzern* von dem Verkaufssyndikat bezahlt wird. Die Ziegelei ist bereits am 10. Juni stillgelegt, die Arbeiter wurden ein Opfer der Syndikalitätsbestrebungen und wurden dem großen Heer der Erwerbslosen eingereiht.

Die Stadtverwaltung wird vernünftig genug sein und nicht dem Wunsch derer folgen, die durch das Verkaufssyndikat künstlich die Steinpreise hochhalten und somit den Baumarkt erdroffeln. So wird Preispolitik getrieben! Wenn man nun bedenkt, daß die Ziegeleibesitzer bei den diesjährigen Lohnverhandlungen darauf bestanden, die Löhne um 15 Proz. abzubauen, um den Baumarkt zu beleben, so stimmt das mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht überein. Eine Lohnsenkung von 2 Pf. pro Stunde erfolgte, weil der Schlichter Dr. Stiller, Köln, den von Dr. Goetten gefällten Schiedsspruch nicht verbindlich erklärte. Als Antwort auf diese Lohnsenkung folgte eine Erhöhung der Steine um 3 RM pro Tausend!

Also, lieber Wirtschaftsband! Ist der Notzweck der Ziegeleibesitzer begründet?

### Mangelnde proletarische Solidarität.

Zahlreiche Arbeiter besitzen leider noch nicht das nötige Klassenbewußtsein und die wirtschaftliche Einsicht, um zu erkennen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit eine Verfürgung der Arbeitszeit zur Notwendigkeit macht. Als selbstverständlich sollte es aber für jeden Arbeiter gelten, daß gegenwärtig kein Arbeiter im Interesse der Arbeitslosen bereit sein darf, länger wie acht Stunden täglich zu arbeiten. Der Achtstundentag sollte heute eigentlich für jeden Arbeiter, besonders aber auch für die Arbeiter in der Ziegelindustrie, in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage, eine Selbstverständlichkeit sein. Ein Teil der Arbeiter des Gleidinger Verblendswerkes besitzt diese Einsicht aber leider noch nicht, wie folgendes Wortkommis in jenem Betriebe beweist:

Einige Arbeiter jenes Betriebes hatten der Betriebsleitung gegenüber in der letzten Zeit mehrmals den Wunsch geäußert, statt wie bisher täglich 8 Stunden, in Zukunft 10 Stunden zu arbeiten. Der Inhaber des Betriebes, Herr Willers, veranlaßte daraufhin, daß die in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter, etwa 27 Arbeiter, am 4. Juli eine Besatzungsverammlung abhielten. In dieser Versammlung sagte Herr Willers den Arbeitern, er wolle die Arbeiter selbst darüber entscheiden lassen, ob von der nächsten Woche ab täglich 8 Stunden oder 10 Stunden gearbeitet werden sollte. Er machte aber darauf aufmerksam, wenn die Mehrheit der Arbeiter beschließen würde, es sollten von jetzt ab 10 Stunden täglich gearbeitet werden, dann mindestens 8 Arbeiter entlassen werden müßten. Der ungenügende Absatz seines Betriebes gestattete

ihm nicht, bei zehnstündiger Arbeitszeit noch die gleiche Anzahl Arbeiter zu beschäftigen wie bisher. An ihm sollte es jedoch nicht liegen, ob acht oder zehn Stunden gearbeitet werden sollten, er wolle wie gesagt, der Besatzung selbst die Entscheidung über die zukünftige Dauer der Arbeitszeit überlassen.

Die Abstimmung war geheim. Für die zehnstündige Arbeitszeit stimmten 13 Arbeiter, und 12 Arbeiter stimmten für die Beibehaltung der bisherigen achtstündigen Arbeitszeit. Mit einer Stimme Mehrheit war also die zehnstündige Arbeitszeit beschlossen worden. Daraufhin wurden, wie Herr Willers bei Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit schon in Aussicht gestellt hatte, am folgenden Tage, am 5. Juli, auch prompt acht Arbeiter entlassen. Einige von den Entlassenen sind bei der Erwerbslosenversicherung schon anzusehen, so daß die Entlassenen auch noch nicht einmal Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Und da die Ziegeleiarbeiter leider von der Krisenunterstützung ausgeschlossen sind, stehen diese Entlassenen, die durch das Verhalten eines Teiles ihrer bisherigen Mitarbeiter arbeitslos geworden sind, jetzt vollständig mittellos da.

Das Abstimmungsergebnis war voranzusehen. Denn in den letzten Wochen hatten schon mehrmals einige Arbeiter gegenüber Mitarbeitern geäußert: „Wenn ihr nur erst aufhören müßtet, dann verdienen wir wieder etwas mehr Geld.“ Zum besseren Verständnis sei bemerkt, daß die Betriebsarbeiter in dem Gleidinger Verblendswerk bisher bei der achtstündigen Arbeitszeit 3 Tage in der Woche im Afford und die ande-

ren 3 Tage im Lohn beschäftigt wurden. Nun, nachdem auf Beschluß der Mehrheit der Arbeiter der zehnstundentag eingeführt wurde, werden die Arbeiter während der ganzen Woche im Afford beschäftigt.

Wenn das Abstimmungsergebnis über die zukünftige Dauer der Arbeitszeit in dem Gleidinger Tonwerk ein im Interesse der Gesamtarbeiterschaft so beklagenswerter Resultat zeitigte, so ist dieses in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit der Arbeiter dieses Betriebes, weil unorganisiert, vom gewerkschaftlichen Geist nicht erfüllt ist und die organisierten Arbeiter es leider unterlassen haben, den Verband vor dem Abhalten seiner Versammlung rechtzeitig Mitteilung zu machen. Wäre letzteres geschehen, dann würde es wahrscheinlich möglich gewesen sein, die Mehrzahl der Arbeiter zu veranlassen, für die Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages zu stimmen. Denn in dem Betriebe sind 8 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt, während der Rest unorganisiert ist. Da aber der zehnstundentag nur mit einer Stimme Mehrheit beschlossen wurde, würde es bei einer rechtzeitigen Auffklärung der Arbeiter durch einen Organisationsvertreter jedenfalls möglich gewesen sein, die Mehrzahl der Arbeiter zu veranlassen, für die Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages zu stimmen. Weil die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter es jedoch unterlassen haben, ihre Organisation rechtzeitig von der bevorstehenden Abstimmung in Kenntnis zu setzen, haben es die organisierten Arbeiter leider indirekt mit verschuldet, daß jetzt in dem Betriebe zehn Stunden gearbeitet werden und leider eine Anzahl Arbeiter zur Entlassung gekommen sind. Die organisierten Arbeiter sollten aus diesem bedauerlichen Wortkommis die Lehre ziehen, daß es nicht nur allein notwendig ist, darauf Bedacht zu nehmen, sämtliche Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen und damit zum proletarischen Klassenbewußtsein und zur proletarischen Solidarität zu erziehen, sondern daß auch dauernd ein enges Zusammenarbeiten zwischen den Kollegen in den Betrieben und der Verbandsleitung notwendig ist.

### Weniger Naivität aber mehr Klassenbewußtsein.

Mit rückwärtsloser Offenheit haben die Unternehmer seit Monaten immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Verbesserung der Wirtschaft und Verminderung der Arbeitslosigkeit abhängig sei von einer Verminderung der Steuerlast und der Beiträge für die Arbeiterversicherungsbeiträge. Gleichzeitig müßten zur Verminderung der Betriebskosten aber auch die Löhne und Gehälter herabgesetzt werden. Auch in der Ziegelindustrie werden diese Forderungen von den Unternehmern mit aller Entschiedenheit vertreten. In dieser Industrie zeichneten sich die Unternehmer stets durch unsoziales und rückwärtziges Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft aus, und nur widerstrebend haben sie in der Nachkriegszeit eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgenommen. Durch die zur Zeit geltenden Tarifverträge werden die Ziegeleiarbeiter gehindert, die Löhne herabzusetzen, wie es die Unternehmer gar zu gern tun möchten.

Andererseits verhält es sich jedoch mit der Gestaltung der Arbeitsverträge. Nach dem für das hannoversche Ziegeleigebiet geltenden Tarifvertrag sollen die Affordarbeiter bei normaler Arbeitsleistung mindestens 20 Proz. mehr wie die Lohnarbeiter der betreffenden Gruppe verdienen. Das Wesen der Affordarbeit und die feilsche Einstellung zahlreicher Arbeiter bringt es mit sich, daß durch den übermäßigen Fleiß vieler Affordarbeiter Ueberverdienste erreicht werden, die den Unternehmern zu hoch erscheinen. Diese benehmen dann diese Gelegenheit, um die Affordlöhne herabzusetzen, wobei sie, wenn die Arbeiter unorganisiert oder nur mangelhaft organisiert sind, nur mit geringem oder gar keinem Widerstand zu rechnen haben.

Auch die Firma *Klemming*, der in der hannoverschen Ziegelindustrie vier Betriebe gehören, reduzierte im Frühjahr dieses Jahres, vor Beginn der *Kampagne*, in dem Betriebe in *Berenbostel* die Affordlöhne für die Arbeiter in der Tongrube, an der Presse und bei den Ofenarbeitern teilweise ganz erheblich. Da die Arbeiter fast alle seit dem Herbst des vorigen Jahres arbeitslos und nun froh waren, wieder Beschäftigung gefunden zu haben, außerdem auch der größte Teil von ihnen unorganisiert war, vernachlässigten sie nicht die Einsicht und die Kraft aufzubringen, der Verschlechterung ihrer Verdienstmöglichkeiten den nötigen aktiven Widerstand entgegenzusetzen. Einige Arbeiter versuchten es jedoch auf eine andere Weise, die Betriebsleitung zu veranlassen, die inzwischen durch Anschlag bekanntgegebene Affordreduzierung wieder rückgängig zu machen. Sie schickten nämlich eine — — *Wittschrift* an die Firma und baten um Rückgängigmachung oder wenigstens teilweise Rücknahme der Affordabzüge. Nachdem die Firma die Arbeiter wochenlang ohne Antwort gelassen hatte, teilte sie ihnen eines Tages mündlich mit, daß die Affordabzüge im vollen Umfang bestehen bleiben. Und als ein Arbeiter bei dieser Gelegenheit unvorsichtigerweise äußerte, die Firma möchte im Betriebe der Ziegelei *Berenbostel* wenigstens die gleichen Affordlöhne bezahlen wie in ihrer Ziegelei in *Warmbüchen*, war das Resultat, daß die Firma wenige Tage später auch die Affordlöhne für die Pressenarbeiter in *Warmbüchen* herabsetzte. Durch eine taktische Ungeschicklichkeit der Arbeiter bei der Unterredung mit dem Vertreter der Firma wurde diese nun auch noch veranlaßt, den Pressenarbeitern in *Warmbüchen* die Afforde zu kürzen.

Ueber diese Maßnahme der Firma herrschte bei den letztgenannten Pressenarbeitern große Entrüstung. Diese beschloßen auch in geheimer Abstimmung, den Affordabzug abzulehnen. Vom Fabrikarbeiterverband, Abteilung *Keramischer Bund*, wurde den Arbeitern auch jede Unterstützung für die Durchführung ihres Widerstandes gegen den Affordabzug zugesagt. Nachdem die Firma jedoch mit Stilllegung des Betriebes drohte, falls die Arbeiter den Affordabzug ablehnen würden, und ein Vertreter der Firma mit den Arbeitern Rücksprache nahm, erklärten die Pressenarbeiter sich mit der Hälfte der von der Firma angeforderten Affordabzüge leider einverstanden.

Das Verhalten der Arbeiter in den beiden erwähnten Fällen beweist zur Genüge, wie wenig das Selbstvertrauen und das proletarische Klassenbewußtsein dieser Arbeiter entwickelt ist. In einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der die Unternehmer rückwärtslos auf die Wahrnehmung ihrer Profitinteressen bedacht sind, mit *Wittschriften* an den Unternehmer herananzutreten oder sich von der Verteilung der Arbeiterinteressen durch verdrängende Worte des Unternehmers abhalten zu lassen, ist reichlich naiv gehandelt. Auch die Ziegeleiarbeiter müssen sich darüber klar sein, daß eine erfolgreiche Wahrnehmung der Arbeiterinteressen und eine günstige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur möglich ist, wenn die Ziegeleiarbeiter durch ihre dauernde Zugehörigkeit zum *Keramischen Bund*, also durch ihre Geschlossenheit und einheitliches Handeln, über genügend Kraft und Einfluß verfügen, und wenn sie durch ihren Verband als wirklich Gleichberechtigte mit den Unternehmern über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheiden.

# Gewe und Zahlstellen

## Arbeitsgemeinschaftsabende in Dresden.

Kürzlich fand im „Möglerheim“ in Dresden eine Funktionärinnen-Konferenz statt als Auftakt zu einigen Arbeitsgemeinschaftsabenden der Dresdener Funktionärinnen. Auf der Tagesordnung stand: Die Lage der Arbeiterin in der heutigen Wirtschaft und Bericht von der Sitzung der Arbeiterinnen-Gew.-Kommission. Referentinnen: Kollegin Jammert und Kollegin Lindner. Geleitet wurde die Konferenz von der Kollegin Vöhllein.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Kollegin Jammert etwa folgendes aus: Das Wirken der Frau spielte sich in früheren Wirtschaftsepochen fast nur im Kreise der Familie ab, während das kapitalistische Wirtschaftssystem die Frau stark in das Arbeitsloch außerhalb des Hauses einbezogen hat. Heute ist die Frau ein wichtiger Faktor im kapitalistischen Produktionsprozess. Leider steht sie sehr oft an einem Arbeitsplatz, an den sie ihrer Veranlagung nach gar nicht hingehört. Vielerlei Gründe zwingen die Frau allerdings, den Arbeitsplatz zu besetzen, der sich für sie gerade bietet.



Die Statistik zeigt, daß die Frauen überwiegend in ungelerneten Berufen beschäftigt werden. Eine Aufstiegsmöglichkeit scheidet für sie deshalb meist gänzlich aus. In Hand einer Tabelle weist die Referentin die zahlenmäßige Anteilnahme der Frauen in den verschiedenen Berufsgruppen nach. Demnach befinden sich die Frauen meist in untergeordneten Stellen mit sehr geringer Entlohnung. Das zwingt die Frau in eine besondere Lage, denn Unterwürfigkeit in der Arbeit und geringere Entlohnung züchten das Minderwertigkeitsgefühl und den Gedanken an eine Besserstellung durch evtl. Veränderung ihrer privaten Verhältnisse wie Heirat oder Eingliederung in bürgerliche Vereinigungen. Diese Einstellung muß durch unermüdete Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Gewerkschaften behoben werden. Mehr Klassenbewußtsein der arbeitenden Frau und stärkeres Zusammengehörigkeits- und Kameradschaftsgefühl beider Geschlechter im Arbeitsleben muß Platz greifen, damit das gewerkschaftliche Streben nach Bessergestaltung der Lage der Arbeiterinnen weiter seinem Ziele entgegengehen kann.

Die Leiterin der Arbeitsgemeinschaften, Kollegin Jammert, bemerkt einleitend, daß es darauf ankommen soll, in Rede und Gegenrede das schwierige Problem der erwerbstätigen verheirateten Frau zu erörtern. Gerade gegenwärtig zur Zeit der Massenarbeitslosigkeit und Rationalisierung befinden sich weite Kreise der Bevölkerung in dem irrigen Glauben, daß durch die Veseitigung der verheirateten Frau aus dem Erwerbsleben eine Lösung in der Arbeitslosenfrage gefunden sei. Im Jahre 1927 wurden von den Gewerbeaufsichtsbehörden umfangreiche Erhebungen über die Beschäftigung verheirateter Arbeitnehmerinnen in Handel und Gewerbe angestellt, und das Ergebnis war, daß 80 Proz. aller in Arbeit stehenden Frauen aus wirtschaftlicher Not arbeiteten, und die übrigen 20 Proz. ebenfalls wichtige Gründe für ihre Erwerbstätigkeit angaben. In Sachsen ist festgestellt, daß im Durchschnitt 80,8 Prozent der Arbeiterinnen verheiratet sind. An Hand von reichhaltigem Zahlenmaterial und durch Hinweis auf die Veränderungen in der Stellung der Frau im heutigen Gesellschaftsleben, die durch Frauenüberdrehung und Selbstständigkeitsstreben auch mehr als früher gekennzeichnet ist, wurde noch manche Anregung für die anwesenden Funktionärinnen gegeben. Die einstimmige Stellungnahme der Anwesenden am Schluß des Abends war: Das Recht auf Arbeit kann auch der verheirateten Frau nicht verweigert werden.

Am zweiten Arbeitsgemeinschaftsabend stand die Frage der „Sozialen Betriebsarbeit“ und die Mitarbeit der Kollegin im Betriebe im Mittelpunkt der Betrachtungen.

Die Referentin wies darauf hin, daß die Sozialversicherung einen Teil des Arbeiterschutzes darstelle. Sie soll Hilfsquelle gegen die Allgemeinschäden des Berufslebens sein. Aber Sozialversicherung kann die Notlage der Arbeiterschaft auch nicht allein beseitigen. Da gibt es zunächst durch hygienische Einrichtungen und Maßnahmen im Betrieb vorbeugend zu wirken.

In letzter Zeit wird in verschiedenen Orten die „Soziale Betriebsarbeit“ propagiert als eine Einrichtung im besonderen Arbeiterinneninteresse. Einige größere Zahlstellen unseres Verbandes, z. B. Hamburg und Dresden, wurden vor einiger Zeit von Demen des Ausschusses für „Soziale Betriebsarbeit“ aufgesucht und gebeten, die Möglichkeit zu geben, in größeren Betrieben mit überwiegend weiblichen Beschäftigten ihre Tätigkeit zu entfalten. Da aber weder die Richtlinien des Ausschusses für soziale Betriebsarbeit, noch die bisher von den meisten Fabrikpflegerinnen geübte Praxis eine Gewähr für wirklich „soziale“ Betriebsarbeit bietet, können wir dieser neuen Bewegung auch nicht unparteiisch gegenüberstehen. Kollegin Jammert geht näher auf die einzelnen Punkte der Richtlinien ein. Ferner schildert sie die Gründe, die zur „Fabrikpflege“ führten, und gibt Erfahrungen aus gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Fabrikpflegerin eines chemischen Großbetriebes bekannt. Sie kommt zu der Schlussfolgerung, daß die wichtigste Arbeit, die auf sozialem Gebiete zu leisten ist, am wirksamsten vom Betriebsrat und von der Gewerbeaufsicht unter Mitwirkung der Funktionärinnen geleistet werden kann. In Rede und Gegenrede, welcher Art die Mitwirkung der Kolleginnen sein muß, und warum gerade die Betriebsarbeiterin mit zu sozialer Arbeit innerhalb des Betriebes, z. B. auch als Gewerbeinspektörin, herangezogen werden muß, fand dieses interessante Gebiet eingehende Erörterung.

Ein weiterer Ausbau des Arbeiterinnenschutzes ist dringend erforderlich, denn noch immer treten durch die Gefahren der Arbeit häufige Erkrankungen, Unfälle usw. in die Erscheinung. Eine Kollegin schilderte u. a. auch, wie schwer es oft sei, eine gewerbliche Erkrankung zu erkennen und wie notwendig hier die Mithilfe der Funktionärinnen ist gegenüber ihren Mitkolleginnen. Der Schluß des Abends klang aus in dem Gelächter, alles daran zu setzen, um größere Aktivität im Kampf um besseren Gesundheitsschutz der in der Industrie arbeitenden Frauen und Mädchen zu entfalten. Besonders einen starken Zusammenschluß in den Gewerkschaften herbeizuführen, um den gewerkschaftlichen Einfluß auch auf diesem Gebiet zu steigern.

Allseitig wurde gewünscht, daß Veranstaltungen solcher Art, wie sie jetzt in Dresden stattfanden, mehr und mehr im Interesse der Organisation getroffen würden.

Liesel Lindner.

### Salzungen.

40 Jahre Fabrikarbeiterverband. Die Bezirkszahlstelle Bad Salzungen feierte am 6. Juli in Tiefenort (Therra) und am 13. Juli in Dippach bei Verla (Werra) das 40jährige Bestehen des Verbandes durch ein recht gelungenes Volksfest.

In Tiefenort wurde vormittags der Verbandsfilm „Aufstieg“ gezeigt. Die Veranstaltung war gut besucht und der Film fand großen Beifall. Viele Autos brachten am Vormittag die auswärtigen Gäste nach dem Festort. Aus fast allen Zahlstellen waren die Verbandskollegen herbeigezogen, um das 40jährige Bestehen des Verbandes und das zehnjährige Bestehen der Bezirkszahlstelle Bad Salzungen festlich zu begehen. Während auf dem Marktplatz durch die Festkapelle frohe Weiten angepielt wurden, nahmen die Festbesucher Aufstellung zum Festzug. Im Festzug selbst machten unsere Kollegen aus Derbach mit ihren großen farbigen Glasglöckeln im Festzug einen netten Eindruck und gaben dem Festzug ein besonders freundliches Bild. Nach der Aufstellung des Festzuges wurden die auswärtigen Gäste vom Bezirkszahlstellenleiter Apel begrüßt. Hierauf erhielt der Hauptkassierer des Verbandes, der Kollege Köppler vom Hauptvorstand aus Hannover, das Wort zu seiner Festrede. In übersichtlicher Weise schilderte er, wie der Verband sich aus kleinen Anfängen zu seiner jetzigen Größe entwickelt hat. Die Worte des Redners fanden interessierte Zuhörer und viel Beifall. Mit einem Hoch auf die gesamte deutsche Arbeiterschaft und insbesondere auf den Fabrikarbeiterverband schloß er seine kernige Ansprache.

Der Kollege Schneider hielt die Weiserebe und übergab nach einer würdigen Ansprache, die nicht ohne Eindruck auf die Festteilnehmer blieb, die neue Bezirkszahlstellenfahne der Festlichkeit. Er betonte in seiner Rede besonders, daß der Entwurf für die Fahne vom Kollegen Apel stamme.

Im Festzuge, der eine starke Beteiligung aufwies, waren jung und alt vertreten. Zahlreiche rote Fähnchen mit dem Ausdruck „Fabrikarbeiterverband“ gaben dem Festzug ein besonderes Gepräge.

Auf dem schönen Festplatz in Tiefenort, im Raffestälchen, verlebten die Teilnehmer dann, nach fröhlicher, genußreicher Stimmung. Auch die Kinder der Kollegen kamen auf ihre Rechnung. Die Anaben zeigten ihre Kletterkünste und die Mädchen zeigten ihre Gewandtheit im Laufen, und mancher schöne Preis lohnt die aufgewandte Mühe.

Ein Längchen im Deutschen Haus gab der Feier den Abschluß.

In Dippach war dasselbe Programm. Auch hier fand der Verbandsfilm sehr gute Aufnahme. Auch war uns der Wettergott in Dippach noch einmal gnädig. Die Veranstaltungen des Verbandes fanden auch hier lebhaftes Interesse, und die zahlreiche Beteiligung am Festzug bewies auch hier, daß unsere Kollegen und ihre Freunde fest zum Verband stehen.

In Dippach wurde die Festrede vom Kollegen Schneider gehalten, und es muß gesagt werden, daß er sich seiner Aufgabe glänzend erledierte. Er schloß seine Ausführungen auf dem Festplatz mit den Worten auf unserer neuen Fahne: „Vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir stark!“ und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband und die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß es in Dippach sehr, sehr gemütlich war und die Feststunden für viele gar zu schnell vorübergingen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Arbeitergefangenenvereine sowohl in Dippach als auch in Tiefenort durch ihre mit Begeisterung gesungenen Lieder sehr zum Gelingen des Festes beigetragen haben. Auch an dieser Stelle Dank den Sängerinnen und Sängern.

Den Organisationsgedanken nachzuhalten und weiter an der Stärkung des Verbandes mitzuarbeiten, soll uns nichtschon für die Zukunft sein.

—al.—

### München.

Unser Bezirk Dachau konnte am 13. Juli im Gewerkschaftsheim sein 25jähriges Gründungsfest begehen. Mit der Feier war auch eine Fahnenenthüllung verbunden. Leider war das Wetter nicht so, daß die Feier im Freien hätte abgehalten werden können. Nach Empfang der Gäste am Bahnhof bewegte sich ein stattlicher Zug durch die Straßen Dachaus zum Festort. Bei Begrüßung der Erschienenen durch den Bezirksvorsitzenden, Kollegen Wies, und eines Grußwortes des Arbeitergefangenenvereins Dachau hielt Kollege Lederer, München, die Festrede. Mühsam hob er den Epierium der Jubilare wie auch der Gesamtmitgliedschaft in Dachau hervor, zog einen Vergleich zwischen den Verhältnissen der Papierarbeiter vor 25 Jahren und jetzt. Schwere Arbeit mußte dabei geleistet und große Opfer mühen gebracht werden. Mehr als 600 Mitglieder zählt heute der Bezirk. Diese Entwicklung war nur möglich durch die unermüdete Vorarbeit unserer alten Vorstände. Auch auf anderen Gebieten wurde viel geschaffen. Wenn die Dachauer Arbeitervereine ein eigenes Heim ihr eigen nennen kann, so nur deshalb, weil die Fabrikarbeiter dazu große Opfer gebracht haben. Auch diese Fahne ist durch freiwillige Spenden der Mitgliedschaft angeschafft worden. Mit der Entweidung, diese Fahne nicht zu verlassen und mit ihr weiter zu kämpfen, schloß der Redner seine Ausführungen.

Nachdem der Vorsitzende die Verdienste jedes einzelnen Jubilars hervorgehoben hatte, nahm er die Ehrung vor. Ein drucksvoll hat dieser Vorgang auf alle Teilnehmer gewirkt.

Kollege Wasser mann der neben seinem Verbandsjubiläum auch noch auf eine 25jährige Tätigkeitsjahre als Bezirkshauptkassierer zurückblicken kann, dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und bat die Anwesenden um Mitarbeit für den weiteren Aufstieg des Fabrikarbeiterverbandes.



Konferenz in Wernigerode am 22. Juni 1930.

An der Aussprache beteiligten sich die Kolleginnen Vöhllein, Lindner, Heilmann, Wendler, Schiller, Adiger, Berman und Kollege Grafe.

Zu Punkt 2 erbat die Kollegin Lindner einen Bericht über die letzte Arbeiterinnen-Gew.-Kommissionssitzung vom 1. Juni 1930 in Aue, der ebenfalls mit großem Interesse entgegengenommen wurde.

Zum Schluß wies Kollege Grafe auf die kommenden drei Abende hin, an denen Arbeitsgemeinschaften für die Funktionärinnen stattfinden. Er wünscht reze Beteiligung.

In den drei Arbeitsgemeinschaften wurden folgende Themen behandelt:

1. Die Frau im Erwerbsleben.
2. Die Mitarbeit der Kollegin im Betriebe.
3. Der jetzige Arbeiterinnenschutz und die Möglichkeit seiner Verbesserung.

Kollege Grafe machte darauf aufmerksam, daß alle Konferenzen und Kurse sowie die drei Arbeitsgemeinschaften dazu dienen sollen, die Funktionärinnen soweit zu bilden und zu schulen, daß sie erfolgreich Agitationsarbeit zu leisten vermögen und fester in ihrem Stande werden.

Kollegin Vöhllein machte einige Ausführungen über die Frage der „Sozialen Betriebsarbeit“, die im Rahmen der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden stattfand. Sie gibt die Anregung, daß Kollegin Jammert über dieses wichtige Thema vor allen Funktionärinnen und Funktionären der Dresdener Zahlstelle sprechen möge, um größeres Verständnis unter den Kollegen zu wecken und die Mitarbeit auf diesem Gebiet zu fördern. Diese Anregung wird festhaft begrüßt und der Abend unter allgemeiner Begeisterung geschlossen.

Am dritten Arbeitsgemeinschaftsabend fanden wir uns zusammen zu gemeinsamer Erörterung der wichtigen Frage des Arbeiterinnenschutzes.

Kollegin Jammert leitete den Abend mit interessanten Betrachtungen über die Ursachen, die zum besonderen Arbeiterinnenschutz führten, ein. Sie schilderte dann den Aufbau des Arbeiterschutzes ganz allgemein und machte längere Ausführungen über den zur Zeit geltenden Arbeiterinnenschutz. Die Bestimmungen über den Arbeiterinnenschutz lagen den Teilnehmerinnen gedruckt vor und ermöglichten einen guten Überblick. Es muß eifriges Bemühen sein, im Betriebe darauf zu achten, daß alle Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit und Arbeitskraft durchgeführt werden.

# Internationales

## Internationaler Gewerkschaftsbund im Jahre 1929.

(IGB.). Während die übrigen Gewerkschaftsinternationales zahlenmäßig zurückgehen oder sich kaum zu behaupten vermögen, macht der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB.) langsame, aber stete Fortschritte. Er hat die im Jahre 1922 eingetretene organisatorische Krise schon längst überwunden. Obwohl große Mitgliederzunahmen in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen waren, weist das stetige Wachstum der im IGB. vereinigten Gewerkschaften auf eine gesunde Entwicklung hin. Auch die vorläufigen Mitgliederzahlen der dem IGB. Ende 1929 angeschlossenen Landeszentralen deuten in diese Richtung. Zieht man noch in Betracht, daß die Beziehungen mit einer Anzahl dem IGB. nicht angeschlossenen Landeszentralen sich immer freundschaftlicher gestalten — was u. a. in der Anwesenheit von Delegierten solcher Zentralen auf dem IGB.-Kongreß in Stockholm zum Ausdruck kommen wird — und daraus innerhalb einiger Zeit neue Anschlüsse erwachsen können, so kann der IGB. der Zukunft hoffnungsvoll entgegensehen.

Nachstehend eine kurze Uebersicht des Mitgliederstandes des IGB. nach den mitgeteilten vorläufigen Mitgliederzahlen am 31. Dezember 1929.

Die Zahlen der angeschlossenen Länder und der Landeszentralen blieben während des Jahres 1929 unverändert, nämlich 27 bzw. 28.

Von 17 Landeszentralen liegen neue Mitgliederzahlen vor, denen zufolge die Gesamtzahl von 13 516 269 auf 13 800 567 oder um 284 298 (2,1 Proz.) gestiegen ist. In Wirklichkeit ist die Zunahme jedoch größer, weil verschiedene Landeszentralen, die noch keine neuen Mitgliederzahlen meldeten (Argentinien, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Luxemburg, Memelgebiet, Oesterreich, Rumänien, Südafrika und Südwest-Afrika), Fortschritte gemacht haben. Die Angaben aus Großbritannien weisen z. B. darauf hin, daß die erste

Krise in der Gewerkschaftsbewegung überwunden ist und sich die Mitgliederzahlen während des Jahres 1929 wieder in aufsteigender Richtung bewegten. Auch in Frankreich und Luxemburg sind die Mitgliederzahlen gestiegen.

Die Mitgliederzahlen Ende 1929 bzw. 1928 lauten wie folgt: Argentinien Ende 1928: 82 000; Belgien 528 380 (1928: 518 658); Bulgarien 1269 (1928: 2450); Dänemark 250 162 (1928: 155 978); Deutschland, ADGB, 4 967 300 (1928: 4 866 926), AfA, 453 233 (1928: 421 106); Estland 5713 (1928: 5506); Frankreich 1928: 640 790; Griechenland 39 500 (1928: 52 775); Großbritannien 1928: 3 673 144; Jugoslawien 1928: 36 044; Kanada 156 000 (1928: 143 582); Lettland 23 556 (1928: 21 888); Luxemburg 1928: 15 377; Memelgebiet 1928: 1064; Niederlande 255 384 (1928: 220 545); Oesterreich 1928: 766 168; Palästina 26 049 (1928: 21 302); Polen 231 369 (1928: 272 317); Rumänien, Mitte 1929: 41 421; Schweden 508 107 (1928: 469 409); Schweiz 186 651 (1928: 176 438); Spanien 225 000 (1928: 221 000); Südafrika 1928: 8212; Südwest-Afrika 1928: 600; Tschechoslowakei 554 074 (1928: 557 191); Ungarn 124 000 (1928: 124 378).

Von den 17 Landeszentralen, die neue Mitgliederzahlen melden, haben 12 Mitgliederzuwächse und 5 Verluste zu buchen. Die Mitgliederzahlen der nachfolgenden Landeszentralen sind gesunken: Bulgarien 1181 (48,2 Proz.); Griechenland 13 275 (25,2 Proz.); Polen 40 948 (15,0 Proz.); Tschechoslowakei 3117 (0,6 Proz.) und Ungarn 378 (0,3 Proz.).

Nachstehende Länder verzeichneten Mitgliederzuwächse: Belgien 9672 (1,9 Proz.); Dänemark 94 184 (60,4 Proz.); Deutschland ADGB, 100 374 (2,1 Proz.); AfA, 32 127 (7,6 Proz.); Estland 207 (3,8 Proz.); Kanada 12 418 (8,6 Proz.); Lettland 1668 (7,6 Proz.); Niederlande 34 839 (15,8 Proz.); Palästina 4747 (22,3 Proz.); Schweden 38 698 (8,2 Proz.); Schweiz 10 213 (5,8 Proz.) und Spanien 4000 (1,8 Proz.).

## Abrechnung der Hauptkasse für das 1. Quartal 1930.

### Einnahmen:

An Kassenbestand IV. Quartal 1929:		
a) in der Hauptkasse	5 064 867,76 RM	RM
b) in den Zahlstellen	97 820,52 RM	5 162 707,28
Beiträgen		5 213 379,45
Extrabeiträgen		14 800,—
Mehr eingezahlt von den Zahlstellen		63 587,38
Einzelmitgliedern		57,70
Erfahrbücher und Karten		1 169,27
Auto		1 344,75
Protokolle		71,10
Bücher und Broschüren		9 732,02
Bürobedarf		4 162,64
„Proletarier“		250,29
Film		2 788,—
Zinsen		20 276,64
Zurückgezahlte Unterstufungen		4 321,72
Zurückgezahlte Darlehen		4 253,00
Sonstige Einnahmen		6 314,08
Aus dem Vermögensbestand		25 800,75
Beiträge zur Unterstufungskasse		15 600,61
Summa:		10 736 632,28

### Ausgaben:

Per Erwerbslosenunterstützung a) an Reisende	7 151,65
b) an Arbeitslose	1 479 047,24
c) an Kranke	655 577,45
Invalidenunterstützung	226 512,83
Rechtshilfe	10 682,22
Gemahregeltemunterstützung	4 735,98
Unjugunterstützung	8 623,40
Notlageunterstützung	2 365,40
Streikunterstützung	91 093,25
Streichunterstützung	13 573,39
Anteile der Zahlstellen	1 768 476,85
Warten und Stempel	2 433,55
Porto, Postgebühren und Bankspesen	7 684,10
Vorstands- und Ausschussgehälter	181,30
Revisionen der Zahlstellen und Hauptkass:	1 853,25
Gehälter	100 034,50
Versicherungsbeiträge	60 254,58
Druck und Papier des „Proletarier“	69 549,54
Verband des „Proletarier“	24 971,02
Betriebsräte- und Frauenzeitung	1 882,98
Diverse Druckkosten	18 023,05
Verband und Vadematerial	1 355,42
Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar	14 072,11
Büromaschinen und Reparatur	4 192,45
Buchbinderarbeiten	14 068,25
Kraftwagen und Kraftwagenbedarf	36 377,29
Büromiete, Heizung, Licht und Reinigung	9 633,23
Büroeinrichtungen und Bürobedarf	4 717,74
Bürohaus Athenaeum-Platz	735 808,04
Tarifverhandlungen	7 105,32
Zentrale und lokale Tarjinstanzen	3 745,98
Konferenzen	12 240,60
Agitation	6 932,82
Film	23 691,18
Gauverwaltungen	185 123,10
„Keramischer Bund“	150 000,—
Arbeiterwirtschaftsschulen und Kurse	62,40
Schule Wuppertal	27 000,—
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	30 511,05
Verwaltung verschiedener Zahlstellen	8 856,81
Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt	13 306,29
Sonstige Ausgaben	17 299,22
Vermögensbestand	732 678,50
Kassenbestand am Schlusse des I. Quartals 1930:	
a) in der Hauptkasse	3 858 659,21 RM
b) in den Zahlstellen	304 298,94 RM
Summa:	4 162 958,15

Hannover, den 3. Juli 1930.

gez.: Karl Thiemig, Vorsitzender.  
 gez.: Carl Köppler, 1. Kass., Otto Stawicki, 2. Kass.  
 C. Gremmel, H. Löbermann, M. Stolle, Revisoren.

## Unsere Frauen u. Mädchen

### Ferien der Hausfrau.

Tag für Tag und Jahr für Jahr arbeiten die Hausfrauen ununterbrochen in ihrem kleinen, teils auch großen Haushalt, stehen mit müden Füßen in den nassen Waschtüchern, laufen ohne Murren treppauf und treppab, sorgen frühmorgens bis spät abends, betreuen die Kinder und den Mann und kämpfen heldisch gegen Schmutz und Verwahrlosung. Ein Leben voller Arbeit, vollerummer und Mühe, ohne Freude und Sonnenschein, ein ewiges Lastentragen und wenig frohe Würde so reichen sich allwöchentlich die Tage der Hausfrau aneinander und entbehren des farbigen Schmucks frohschillernder Erlebnisse.



Hausfrauen-„Ferien“, wie sie nicht sein sollen!

Und verlangt die abgeklärte, müde und arbeitjame Hausfrau einige Tage oder gar Wochen Ferien, dann schütteln nicht nur die gleichgültigen Menschen die Köpfe, nein, leider auch die erholungsbedürftigen Männer dieser noch viel mehr erholungsbedürftigen Frauen. Ferien... Hausfrauenferien...! Nein! Das kennen wir nicht! Wozu brauchen die Hausfrauen Ferien, arbeiten sie, mühen sie sich ab, oder sind sie nicht schon am Nachmittag fertig, können spazieren gehen, während die armen geplagten Männer noch in der Fabrik, im Kontor sich abschwigen oder weiter schweigen können? Ja, so fragen sich alle Männer und wissen nicht oder wollen nicht wissen, daß auch ihre Frauen, die den Haushalt führen sollen, ferienbedürftig sind.

Sie wissen die Männer wohl die Ferien herauszuschlagen. Sie halten diese für unbedingt wichtig, wenn Gesundheit und Schaffensfreude nicht leiden sollen, aber die Frauen... wann brauchen die Ferien?

Ist denn das hübsche Haushaltführen nur annähernd mit der beruflichen Arbeit zu vergleichen. Ich bitte Sie! Den Haushalt machen ja viele Frauen, die noch beruflich tätig sind, so... nebenbei! So nebenbei! Und so sieht der Haushalt auch immer nebenbei gemacht aus! Frauen, die „zufällig“ und „in modernen Ideen vollgepflegt“ sind, die keinen Haushalt mehr führen wollen, weil die Haushaltsführung nicht mehr modern sein soll, und die Männer, die niemals der Hausfrauenarbeit gerecht geworden sind, die fragen sich unisono, warum die Hausfrau, die sich schon genug gute Tage gemacht... Ferien beansprucht! Wofür? Ja, wofür fragen diese Besessenen. Und dann... ja dann kommt der Egoismus des Mannes. Geht die Hausfrau wirklich in Ferien, wer soll dann den Haushalt führen, wer soll kochen, waschen und aufwärmen? Will man das dem Mann zumuten? Aber ich bitte Sie, wie kann man derartige dem Mann zumuten, der ermüdet von der Arbeit kommt und einen gedeckten Tisch erwartet? Ja, das sieht selbst die Hausfrau ein und bleibt deshalb zu Hause... und verzichtet auf

die Ferien. Wir sprechen und schreiben nicht von den Ferien derjenigen Frauen, die mit ihren Männern, oder vielfach auch ohne dieselben ins Bad oder ins Gebirge gehen, sich Wochen von ihren gesellschaftlichen Strapazen erholen, damit sie mit frischen Kräften in die winterlichen Vergnügungen des großstädtischen Gesellschaftslebens fürgen können. Nein, von diesen genußreichen Frauen, die ja auch keine Frauen, sondern Damen sein wollen, schreiben wir hier nicht, sondern von den Arbeiterfrauen, die notwendig die Hausfrauenferien brauchen, damit neue Lebenskraft und Lebensfreude in den Herzen dieser abgearbeiteten und von schweren Sorgen gequälten Frauen Einzug halten kann.

Die Sorgen des Alltags lasten auf den Schultern der immer unermüdeten Hausfrau. Sie kann oft ihre Seele nicht frei halten für tiefere Erlebnisse, muß sich mit dem alltäglichen Kleinkram belassen und kann vor lauter Konzentration auf die Erledigung der materiellen Bedürfnisse der Familie kaum Minuten am Tage freihalten für die Aufnahme seelisch-geistiger Erlebnisse. So wird die Hausfrauenarbeit die Hausfrau in den häuslichen materiellen Lebensgenüssen spannen, aus dem nur geistig lebenskräftige Frauen einen kühnen Durchbruch wagen.

Schon deshalb sollte man den Frauen, die tagtäglich am Herd stehen und die Essenssorge der Mann abnehmen, die am Waschtrog sich rümpfen, rümpfen Hände haken, unter dem Dachstock an der Nähmaschine sich Tag und Nacht abmühen, keine Sonne sehen, keinen Windhauch spüren, die in ihrem Herzen Sehnsucht tragen nach sonnigen Wiesen und blühenden Wäldern und sich ewig um die Kinder bemühen, all die Erziehungsorgen allein tragen, und keine Hilfe vom Vater, dem Mann erhalten, ja, diesen Frauen sollte man Hausfrauenferien geben. Man sollte sie einmal aus Küche und Wohnzimmern herausnehmen und dorthin fahren lassen, wo nur die Sonne lacht und keine Arbeit winkt.

Wie gerne, ja, wie gerne würden die Hausfrauen solche Ferienjahre machen, Ferien vom Haushalt erleben und einige Tage oder Wochen sorgenlos in den Tag hineinleben, ohne sich um das Essen, um die Kinder und zerfissene Strümpfe kümmern zu müssen, ja, das wäre ein Sehnsuchtsziel abgearbeiteter Frauen, die ihren Gesichtskreis einengen müssen, weil sie vor Arbeit keine Minute für außerhausfräuliche Sorgen und Mühen, Freuden und Erlebnisse finden.

Deshalb sei die Erringung der Hausfrauenferien für die Hausfrau ein positives Kampfsziel in der heutigen Gesellschaft! Wenn auch nur in der sozialistischen Gesellschaft die Hausfrau eine dem Wert der Hausfrauenarbeit angemessene Ferienzeit bekommt, so muß trotzdem auch jetzt schon für ein solches notwendiges Ziel gekämpft werden. Soll die Hausfrau nicht nur ein Arbeitstier sein, sondern auch ein Mensch mit bestimmten Lebensforderungen, dann hat sie ihre Ferienzeit genau so zu beanspruchen, wie der Mann seine Ferien als gerechtfertigt beansprucht. Nur eine Hausfrau, die einmal ausspannen kann, wird mit Liebe und Freude den Haushalt führen, denn die Haushaltsführung ist eine schwere, die Arbeitskraft der Frau ganz in Anspruch nehmende Arbeit, die durch eine Ferienunterbrechung wieder leistungsfähig gemacht werden kann. Deshalb... Hausfrauenferien!

### Mutterwerden.

Sommerliche Sonne strahlt auf die Erde hinab. Farben zaubert sie, Duft und Fülle. Das Leben strotzt vor Leben. Ihre Wachstumshöhe erreicht die Natur. Natur ist schwanger, und aus ihrem Uterus fließt sie sich neu.

O Mutter Natur! Du ewige Mutter! Du ewig neu in Fülle dich schenkende Natur! Wie bist du doch so schön in deiner strotzenden Fülle! Glück liegt über dir, wenn deine Brüste sich dehnen, und wir nennen es heikelden Sommer, wenn du in Fardenschnheit und Wüstenlust erneut, wie seit ewigen Zeiten, zur Reife siehsthaften Werdenst wirst.

Ja, wachsen ist Glück, und Schenken ist Freude, und Mutterwerden das Heiligste, das das Leben kennt. Mutterwerden in Glück und in Freude. Mutterwerden wie Mutter Natur, so in Schönheit und Licht!

Aber da gönnt das Leben den Frauen so oft kaum die Zeit, zu gebären. Und werdende Mutter zu sein, ist nicht immer heiliger Dienst. Und Mutterwerden ist nicht immer der starke Wille zum natürlichen Wachsen über das Selbst. Und doch sollte das schwellende Leben mit starker und sanftender Freude sein!

Kämpft doch, ihr Frauen! Zwingt doch die soziale Ordnung eures Daseins! Schafft die neue Ordnung des Zusammenlebens, der die werdende Mutter heilig ist, weil ihr das Menschliche heilig ist, das sie trägt.

## Verbandsnachrichten

### Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Arnstadt, Th.: Karl Hertel, Buch-Nr. S II 600 638, Bernhard Hopf, Buch-Nr. 810 316; Hirschberg, Schl.: Wilhelm Gain, Karten-Nr. 876 462, Willi Simon, Karten-Nr. 992 523; Salzgungen: Alfred Müller, Buch-Nr. 1 013 162.

### Arbeitsmarkt.

(Inserate unter dieser Überschrift werden nicht angenommen.)

Gesucht zum 15. August ein Modellleur und Einrichter für Geschirrporzellan, der auch mit der Fabrikation vertraut ist, einbringen und gießen kann. Angebote erbeten an die Werkstätten der Stadt Halle, Kunstgewerbeschule (43/30) Siebichstein.

Erfahrener, langjähriger Brenner für Porzellan, der für gute Brände garantiert, sucht Stellung. Stellungsuchender ist mit allen vor kommenden Arbeiten im Brennhaus vertraut und kann auch eventuell die Leitung im Brennhaus übernehmen. Offerten unter „F. 26“ an den „Keramischen Bund“ erbeten.

Tüchtiger Gießer und Retoucheur, 23 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung in einer Porzellan- oder Steingutfabrik. Angebote unter „F. 27“ an den „Keramischen Bund“ erwünscht.

Tüchtiger Spritzer für Beleuchtungsglas, perfekt in Marmorierungen und Schablonschneiden, sucht sofort Stellung. Derselbe ist auch imstande, eine Spritzerei einzurichten. Gefällige Angebote an den Fabrikarbeiterverband Heidenau bei Dresden, Pöckelstraße 6.

Junger Mann, 21 Jahre alt, sucht baldigst Stellung. Perfekt im Brennen, Verarbeiten und Sandbläsen. War auch als Metz- und Spritzhilfe tätig. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Bitte Angebote unter „Brenner“ an die Zahlstelle Heidenau (Sachsen), Pöckelstraße 6.

Rediger Glasmacher sucht Stellung, perfekt in Blumen, Sand-schaffen und Dekoren auf Beleuchtung, Vasen u. dergl., durch Fritz Lehner, Wölke bei Demitz, Nr. 2 E, Post-Bischsneroda, Laub.

Schleiferlehrling, welcher schon ein Jahr gelernt hat, aber wegen Stilllegung des Betriebes außer Stellung gekommen ist, sucht eine neue Lehrstelle. Angebote sind zu richten an Heinrich Diederich, Dittersbach bei Liebau, Nr. 92.

# UNTERHALTUNG U. WISSEN

## Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

„Wenn's sein muß... Schreib: Lieber, mutiger und gerechter Kaiser!... Bist du so weit? ... Ja? ... Nun weiter: Zwei arme Woroweer, ein alter und ein junger, mach' bloß keinen Keks! ... Ich steh' eine richtige Angst aus, Andreas! Die Feder ist zu spitz! ... Mach' auch ein Komma und einen Punkt hinein. Lieber einen zubiel als einen zu wenig. Er denkt sonst, wir gehören schon zu den Polladen, und dabei wohnen wir bloß an der Grenze ...“

„... ein alter und ein junger ... Weiter!“

„Sich'n auf der Wiege beim Gänsehüten und wissen sich keinen Rat mehr über Worowo! ... Schreib Worowo ganz groß und mach einen Strich darunter! Worowo ist das Allerwichtigste ...“

„Und?“

„Denn es werden immer mehr Menschen und immer weniger Land ... Du, Andreas, wir müssen erst einmal zählen, wieviel Menschen in Worowo sind. Es ist besser, wir machen alles ganz genau. Wir können ja die noch mitrechnen, die bis Michail geboren werden ... Wart mal!“

„Jaichu rechnete an den Fingern. In Gedanken ging er die Dorfstraße entlang und zählte die Anwesenden und die Sachengänger jedes Hauses zusammen. Endlich kam er zu Rande.“

„Es sind einhundertachtundfünfzig! Kannst du so große Zahlen richtig schreiben?“

„Ja!“

„Dann schreib: In ganz jämmerlichen Hundebütten wohnen im Winter einhundertachtundfünfzig Menschen aufeinander, weil der gnädige Herr Graf unser Land frist ... Es ist besser, wir schreiben „gnädiger Herr Graf“; denn wenn der Kaiser etwa dem Grafen den Brief zeigt ... Wir wollen auch nicht schreiben, daß er unser Land gestohlen hat. Wir sagen lieber, daß er unser Land frist. Der Kaiser wird sich das Richtige schon denken können.“

„Soll das alles Einleitung sein?“

„Was?“

„Lehrer Seeliger sagt immer in der Schule, wir sollen die Einleitung nicht zu lang machen, sondern rasch zur Sache kommen.“

„Ist dir das Schreiben schon zubiel?“

„Kein!“

„Dann wisch lieber einmal die Feder an meinem Aermel ab. Es muß ja schon allerhand dran sein ... Wenn nur kein Keks bis zum Schluß auf das schöne Papier kommt! ... Schreib: Er frist das Land, was die Woroweer Bauern einmal gehabt haben und das sie im Schweige ihres Angeichts umgepflegt und gepflegt haben und auf dem jetzt wieder Wald wächst, weil der gnädige Herr Graf Widschweine und Hirsche und Rehe zur Jagd braucht und ... und ... und ...“

„Nicht so schnell, Jaichu!“

„Ich bin jetzt gerade im Zuge! ... Du! ... Von den Dajen und Karawideln schreiben wir nichts. Die kann der Graf sich ruhig heilen, denn die jungen wir schon weg. Wo sollen wir sonst anderen Sonntagsbraten herbekommen? ... Bist du soweit?“

„Ja!“

„Und die fressen uns die ganze Saat und die Kartoffeln auf und wir kriegen nichts dafür. Und die vielen Kinder müssen in die Fremde gehen, wo sie bloß schlecht werden und hochmütig, weil sie silberne Uhren auf zwölf Rubinien in der Westentasche tragen, und manche kommen nicht mehr wieder; denn was sollen sie in Worowo, wo es kein Land mehr gibt und der gnädige Herr Graf alle Jahre eine Wirtschaft nach der anderen aufkauft und den Bauern wegnimmt.“

„Langsamer!“

„Ich muß mir den Pelz aussuchen, so schwihe ich“ gestand Jaichu, der sonst in der größten Sommerhitze auf der Wiege im Pelze lag. „Ich hätte nicht geglaubt, daß ein Brief an einen Kaiser so schwer ist. Schwihe da noch nicht? ... Wenn der Graf wüßte, was wir über ihn schreiben! ... Hehehehehe! ... Aber wir dürfen uns nicht fürchten. Wir müssen alles dem Kaiser sagen! ... Jaichu bleib nicht zu tief in die Tinte, Andreas. So eine Tinte ist gefährlicher als der dickste Sumpf. Bist du erst mit einem Beine drin, dann kommst du nicht mehr heraus.“

„Sag weiter!“

„Sie müßten dem gnädigen Herrn Grafen das Land wieder wegnehmen und den Bauern geben, und zwar recht bald, sonst ist der letzte Woroweer hier weggezogen und dann ist alles zu spät. Gerechtigkeit muß sein. Wenn Sie es nicht glauben, dann kommen Sie einmal zu Beischu. ... Du bist schon auf der neuen Seite? ... Andreas, das wird eine feine Sache. Da wird der Kaiser Argen machen. Zwei Seiten! ...“

„Man kann's weitergehen!“

„Wenn Sie uns befragen kommen, werden wir Ihnen alles sagen, wo früher das Bauernland war und wo jetzt der Wald steht und wie uns die Bäume auf den Hals kommen. Sie können mit der Bahn fahren, wenn es auch einen großen Keks Geld kostet ... Denn muß man zu Fuß laufen, aber Sie werden ja lieber reiten ... Kommen Sie am besten im Winter, dann sind die Sachengänger da. Die haben den Mund auf der rechten Seite und die können was erzählen ... Bist du soweit?“

„Gleich!“

„Ich glaube, jetzt ist es genug. Ob ich noch von mir schreibe, damit ich auch eine Birtshoi kriege, wenn er kommt?“

„Andreas, das wird eine feine Sache werden. Fez auf, der Kaiser ist im Winter da. Ein Kaiser kann keine Ungerechtigkeit sehen. Wenn er dann sagt: Jaichu Gonschoredn, wo willst du dein Haus hinbauen und wieviel Morgen Land brauchst du noch? ... Und ich sage dann: Lieber, guter, gerechter u. gnädiger Kaiser, ich brauche bloß fünf Morgen und ein Häuslein mit einer Stube und einer Kammer und er sagt, das sollst du haben ... dann ... dann ... dann ...“

„Er hielt inne. Seine Stimme erlosch ein wenig.“

„Schluchzen. Krampfhaft versuchte er, durch Schluchzen und Säugen der Erregung Herr zu werden. Es ging immer gerag. Belege trüb er nur dem rauhen Gaudrücken über die ne... Augen.“

„Andreas, es ist doch schön, Kaiser zu sein. Er kann helfen, wenn die Ungerechtigkeit in der Welt ist und die armen Leute etwas haben, der ihnen hilft.“

„Was soll ich denn zum Schluß schreiben?“

„Viele demütige Grüße und auf Wiedersehen ... Hast du? ... Schreib! ... Und zuletzt noch: Jaichu Gonschoredn aus Worowo!“

### Sein und Werden

XI

Das winterliche Winter, der nicht recht Winter werden wollte, war über das Land gekommen. In den Wäldern hing noch trüben, trübes Licht. Die Kiefern und Tannen dunkelten in ihrem herben Winterkleide. In wenigen Tagen schriebe man den ersten Schneeeinbruch. Die Woroweer Junge war alle, Vater, Mutter und Kinder, warteten mit Sehnsucht auf die Heimkehr der Sachengänger. Der lange, offene und milde

Herbst hatte sie länger als sonst in der Fremde festgehalten. Nun konnten sie jeden Tag eintreffen. Dann kam Leben nach Worowo: Lachen, Tönen, Singen, Trinken und Erzählen, und vor allem Geld, das an allen Ecken und Enden floss, auf das man lauerte und das rascher, als man immer dachte, sich verfrümelte. Die kommenden Tage mußten mit ihrer dünnen Fremdenliebe die Schatten und das Dunkel von drei Vierteln des Woroweer Jahres verdecken. Und zu erzählen gab es in den ersten Tagen genug: von der Abfahrt an, von der schweren, pausenlosen Arbeit in der Fremde, von traurigen und lustigen Erlebnissen, von Anschaffungen, Erparnissen, Erfahrungen und neuen Entschlüssen. Denn immer lernte man zu und immer wieder versuchte man die Rettung auf anderem Boote und auf neuem Wasser.

Nie kamen alle Ausgezogenen zurück. Ein Teil blieb zur Zuderrückenbearbeitung in den Fabriken und ging von dort aus halb wieder in die Sachsenarbeit. Aber mancher Woroweer

## Bobby macht Karriere.

Von André Polyer.

(Schluß.)

In den folgenden Tagen lernte Bobby einen Straßenhändler kennen, der auch im Pollshotel wohnte. „Branse“, wie man ihn scherzhaft nannte, weil er täglich, ob Sommer oder Winter, eine Unmenge von Brausebonbons verteilte, war ein gutmütiger, junger Mann, der an belebten Straßenecken mannigfache, billige Ware anbot. Da er nur ein wilder Straßenhändler war, der ständig aufpassen mußte, daß kein Schuhmann erwische, machte er Bobby den Vorschlag, sich neben ihn zu postieren, um ihn bei nahender Gefahr zu warnen. Für diesen Liebesdienst wollte er Bobby täglich die Wohnung und das Essen bezahlen. Bobby schlug ein und spähte von diesem Tage an, während „Branse“ aus voller Kehle die Vorzüge seiner echten Gummi-hojentrag in die Luft schmetterte, ob in der Ferne nicht der Tschato eines Schnops auftauchte.

Doch besah Bobby zu viel Geschäftssinn, um allzu lange bei dieser passiven Tätigkeit zu bleiben. Einige Wochen später stand er auf einer Straßenecke und bot, vorläufig noch mit schwächerer Stimme, „echte Glanz-platten-Ansichtskarten“ an. Er gewöhnte sich an dieses Gewerbe viel schneller, als er gedacht hatte, und war bald ein regelrechtes und stillschweigend geduldetes Mitglied der kleinen Gilde der wilden Straßenhändler. Ob das Wetter gut war oder schlecht, Bobby stand in den Hauptverkehrsstunden auf einer Straßenecke und schrie mit seiner schrillen, jetzt immer ein wenig heileren Knabenstimme Preis und Beschaffenheit der feilgebotenen Ware aus. Er verkaufte außer Ansichtskarten abwechselnd „echt englische mit Seide gefütterte Leinwandpapier“, „echt feuer-emallierte Manschettenknöpfe“, „echt amerikanische Feuerzeuge“ und noch verschiedene andere „echte“ Sachen.

Selbst Sonntags rasierte er nicht. Er stellte sich mit einem Stolz hinter dem Arm im Stadtpark auf und schrie wacker los: „Das ganze Viederbuch mit sämtlichen neuen Schlagern: Ich kaffe Ihre Hand, Madame!“

Eines Tages, als Bobby gewohnheitsgemäß an seiner Straßenecke lärmte, trat ein südlichlich aussehender Mann auf ihn zu. „Du, junger Mann, ich für Sie haben eine gute Cosa. Sie viel Geld verdienen. Hier meine Adresse, ich vormittag immer zu Hause.“

Bobby suchte am folgenden Tag den Italiener in seiner überfüllten Behausung auf und nahm von ihm kurz entschlossen zwei Duzend billige Wollströmpchen ab.

Auf dem Wege nach seinem „Stand“ erwarb Bobby von einem bekannten Schuhputzer einen roten Samtlappen und befestigte darauf die sieben erworbenen Schmutzstücke. Dann, ohne viel nachzudenken, schmektete er los: „Gut (ohne dies ging es nicht) venezianische, antike Wollströmpchen aus dem Nachlaß eines italienischen Grafen, eine Mark das Stück!“

Und siehe, schon meldete sich als erster Käufer eine selbstgefallige Dienstmagd. Bobby kassierte die Mark, spie, wie es sich bei der ersten Einnahme geziemte, dreimal in die Hand und toste weiter: „Gut venezianische ...“

Als es Mittag geworden war, hatte Bobby die zwei Duzend verkauft und einen Verdienst von zwölf Mark eingeheimst. Und es kam jetzt eine Zeit, wo der kleine Handel des jungen Kaufmanns stark florierte. Nicht als ob die brotneidliche Konkurrenz der „Kollegen“ unterlassen hätte, nach dem gutgehenden Artikel zu laubden. Allein bei keinem Großhändler waren solche Drochsen in ähnlich billiger (und schlechter) Ausführung aufzutreiben, und Bobby konnte die ganze Produktion seines Lieferanten leicht allein umsetzen. Nur mußte er jetzt seinen „Stand“ oft wechseln, denn die venezianischen Zubehörsachen dem größten Nachschub hatten die unangenehme Gewohnheit, ihr großgeformtes Wollströmpchen in Hunderte von farbigen kleinen Glas-objekten auseinanderzugeben zu lassen. Was zur Folge hatte, daß die mehr oder minder freundlichen Reklamationen sich bedrückend häuften.

Bobby konnte also mit seinem neuen Beruf zufrieden sein, doch hatte dieser auch seine Schattenseiten. Vor allem die ständige Angst, von einem vorüberstreichenden Polizisten erwischt zu werden. Täglich am Horizont das Auge des Gehecks auf, so klapperte man das Warenlager zusammen und machte sich den Apophorismus zu eigen: Laufen ist eine Schande, doch nützlich. Allein, oft war es zum Entweichen schon zu spät, dann war man auf Gnade oder Ungnade dem behelmten Tyrannen der Straßen-ende ausgeliefert. War dieser nicht besonders bössartig oder schonte er den Weg nach der Wachturbe, so begünstigte er sich mit dem Wappstein und ließ den erprobten Straßenhändler laufen. Ganzwillig ließ aber der Polizist auf seinem Posten, wenn ein kleiner Gang auf die Wache gelegen, und der ambulante Kaufmann wurde erbarungslos abgeführt. Der für die dort höchstens noch verurteilt, mit wenig Aussicht auf Erfolg, das Herz des Schnops zu erweichen: „Herr Wachtmeister, lassen Sie mich das eine Mal noch laufen, ich komme nicht mehr in Ihr Revier.“

Am einem besonders unglücklichen Tag, als Bobby schon das zweite Mal aufgegriffen wurde, schleie er den Schuhmann an: „Herr Wachtmeister, erbarmen Sie sich doch, meiner, Sie haben ja wahrscheinlich auch Kinder!“ Darauf der intelligente Polizist Bobby verwundert anglokte: „Warum, hast du vielleicht auch welche?“

Auf diese Weise war also nicht viel zu erreichen. Der erwählte Straßenhändler tat schon öfter, wenn er auf dem Weg zur Wache bei der ersten günstigen Gelegenheit sich der Vejell-lichkeit des Gehecks zu entziehen versuchte. Es entbann sich dann ein kleiner Wettlauf, wo der schwer bestickte Schnops meist stark gebückt vor Augen der flüchtenden Hölle stand. Doch gab es auch launische Polizisten, die sich einen Scherz daraus machten, ihr Opfer absichtlich entweichen zu lassen, ihr fünf Minuten nachzujagen, und wenn das nach Atem ringende, lebende Gelegheitswühl schon fast zusammenbrach, ihre schwere Polizistenjacke auf ihn niederzujagen zu lassen.

Einesmal ergriff diesem Schicksal auch Bobby nicht. Er ver-lanfte eben vor dem Bahnhof abwehrlungshalber „echt ameri-kanische Feuerzeuge“, als eine derbe Faust ihn beim Kragen faßte.

sprang auch für alle Zeit aus dem Geleise. Und von denen gab es sonderlich viel zu berichten. Trieb nicht deren Lebensschifflein dem hohen Meere zu?

Diesmal steckte auch Andreas voller Ungeduld und Spannung. „Das Jahr ist nun doch rasch genug verfliegen“, sagte er zu Jaichu auf dem Heimwege von der Schule. „Anfangs schien es, als würde es niemals mehr zu Ende geben.“

„Ich hab dir's angemerkt, Andreas! Manchmal hat dir die Bangigkeit nach der Gusha das Herz abgedrückt. Du bist zu allem klamm geblieben, und wenn ich die alten Lieder gespielt habe, stand dir das Augenwasser bis an den Rand. Wenn ich nicht gewesen wäre ...“

„Und Lehrer Seeliger!“

„Auch der hat seinen Teil. Natürlich! Ich meinte nur immer, der wird's nimmer bis zum Herbst machen. Doch hält ihn etwas.“

(Fortsetzung folgt.)

Willig folgte Bobby dem Polizisten, den er als besonders streng kannte, und aus dessen Hand er vor zwei Tagen glückselig entronnen war. Auch diesmal wollte er ihn ohne Abschied verlassen, allein, der Fluchtversuch mißglückte, und der auf alles gefaßte Bobby wurde nach dem kleinen Bahnhof-Wachzimmer gebracht.

Hier wurde ein Protokoll aufgenommen, worin Bobby außer unerlaubtem Straßenhandel und Vagabondage Widerstand gegen die Staatsgewalt zur Last gelegt wurde.

Bobby ließ alles gleichgültig über sich ergehen. Eine Stunde später wurde er von dort entlassen und erhielt nach zwei Wochen einen Strafbefehl über vier Mark oder zwölf Stunden Haft.

Bobby verkaufte noch lange Monate an den Straßenecken echte Wollströmpchen, feueremallierte Manschettenknöpfe und amerikanische Feuerzeuge. Er wäre wahrscheinlich einmal ein reicher Großkaufmann und Kommerzienrat geworden oder vielleicht nur ein armer, müder Dienstmann vor dem Bahnhof. Allein, eines Tages holte ihn sein Vater ab. Die junge Stiefmutter war mit einem Musiklehrer durchgebrannt und Bobby lehrte in sein Heim zurück.

Er wurde später gleich seinem Großvater und Vater Gerichtsvollzieher.

## Das Göttliche.

Eine solch großartige Gestaltungsaufgabe, wie sie die Welt der wirtschaftlichen Gemeinschaft bedeutet, setzt unbedingt Erfordernisse an den Menschen voraus. Nur der Mensch kann ein Werk gestalten, der von seinem Schaffen innerlich durchdrungen ist. Der innerlich schwache Mensch kann nie ein Werk von Größe vollbringen, der kleinliche Mensch nie ein Werk von Größe. Stets ist die Tat der Ausdruck einer Seele.

Damit hängt der Gewerkschaftskampf als Aufgabe von allem ab, das den Menschen beeinflusst und bisshet, und dazu gehört auch die Auffassung, die der einzelne Mensch sich von Welt und Leben macht. Wo ist die treibende Kraft der Welt? Welche Stellung hat der Mensch im Weltgetriebe? Ist Welt Entwicklung? Und kann der Mensch diese Entwicklung selber fördern? Und wenn er es wohl vermag, dann wie?

Kann er es? — Ja! — Und wie? — Durch eigene Kraft! — Du mußt an Zukunft glauben und an dich. Im Kampf und Sieg. Das ist die ethische Voraussetzung, die die gewerkschaftliche Bewegung an den Menschen stellt. Du mußt ein Kämpfer sein mit großem Ziele, Charakter, ganzer Mensch.

Das Werk der Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein. Das ist eine Erkenntnis von mehrwertiger ethischer Wucht. Sie setzt Kämpfer voraus. Menschen der Tat. Menschen, die in dieser Tat vertrauen auf sich allein und die Kraft ihrer verbundenen Kampfgenossen.

Dadurch setzt der Gewerkschaftskampf aus seinem ganzen großartigen inneren Wesen heraus feste weltanschauliche Grenzen. Er duldet die weltanschauliche Ueberzeugung gewiß, doch nur innerhalb dieser seiner Wesenheit. Er läßt denken und fühlen, wie jeder es will, doch läßt er nur denken und fühlen aus einer festen, stolzen und selbstbewußten menschlichen Kämpfersseele.

Das ist das Große der Welt, das sich da in deiner Kraft regt. Und wenn du es tausendmal überal fühlst, dieses Bestimmende, diesen führenden Sinn, da in deiner Kraft ringt er nach neuer, lebendiger, schöpferischer Gestaltung.

Wenn du an „Gott“ glaubst, kannst du ihn dann großartiger erleben als in Tat, in Werk, in der Gestaltung, die die höchsten sittlichen Werte in sich birgt?

Und wenn du ihn nicht kennst und Namen ablehnst: es ist etwas Hohes und Heiliges um diese Kraft, die da aus deiner strebenden Seele ins Lebendige Dasein dringt.

Dein Kampf ist der sittliche Kernpunkt des Geschehens. Er ist der Mittelpunkt der sittlichen Welt. Er zeigt dem Menschen seine Freiheit! Und was du sonst auch noch glaubst: dann wird diese Göttlichkeit zur Wirklichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Literarisches.

„Das Brautkleid“, ein isländischer Bauernroman. Seltsam wie die Natur sind die Menschen auf dieser Insel. Vereiste Berge und vulkanische Dämpfe, zugefrorene Seen und heisse Springquellen, schlafende Gutsböe in einsamen Täälern und nordlichterflamme Volkstanz um das Scheiterhaufenfeuer der Sonnenwende — harte Männer und Frauen mit schmalen Lippen und kalten Augen, und plötzlich die Ausbrüche lange zurückgehaltener Leidenschaft, in der Einsamkeit verkümmerte Gefühle und dann doch die heiß ausströmende Zärtlichkeit, kindliche Träume und fast zapackende Fanatiker des Eigentums. Die Kontraste wohnen eng beieinander.

In diese Welt führt der neue Roman der Bücherilde Gutenbergs. „Das Brautkleid“ von Kristinn Gudmundsson, deutsch von Ernst Züchner. In Leinen 3 RM. Landschaft und Menschen verwechseln in diesem Roman zu einer wunderbaren Einheit. Wir erleben, wie der ewige Wechsel der Jahreszeiten die Landschaft verändert und die Gefühle der Menschen beeinflusst, wie die alten Ueberlieferungen von Generation zu Generation weiterleben und wie das Neue nur sehr langsam in das Innere dieser zehemissvollen Insel vordringt.

Einem fernab auf seinem Gutshof lebenden Bauern stirbt die Frau im Kindbett, ehe der zwei Tagelange entsetzte Doktor herangeholt werden kann. Der Witwer macht sich bittere Vorwürfe, daß er der Verstorbenen nicht immer gehalten hat, was er ihr einst am Hochzeitstisch versprochen, damals, als sie in Brautkleid vor ihm stand. Dieses Brautkleid wird ihm jetzt zum Kultgegenstand. Es erinnert ihn an sein Glück und seine Schuld, es hindert ihn, ein neues Leben anzufangen, es wird eine Macht, die ihn quält. — Die Tochter des Widders wirt heran. Zwei Burschen aus der Nachbarschaft umwerben sie. Aber es ist, als ob auch die Jugend aus der Schattenlast der Taten mittragen müsse. Die beiden Freunde werden zu Nebenbuhlern, zu Todfeinden, und der Stärkere gewinnt das Rennen. Eines Tages wirft der Witwer seinen Felisch über Bord, schleudert der Tochter das Brautkleid wie einen Stein nach und holt sich ein neues Weib in sein wieder hell gewordenes Haus. Die Tochter überwindet nach schwerer Krise die abergläubigen Gespenster um das Hochzeitkleid und findet in den Armen ihres starken und aufgeweckten Gatten endlich das Glück.

Um diese Romanabenteuer herum reschleicht vieles, das Gelesenheit gibt, neue Charaktere, die ökonomische und soziale Struktur des Landes und seiner Bewohner kennenzulernen. Fremde Sitten und Gebräuche werden sichtbar, eine seltsame Welt vergnüglicher Vorstellungen steigt herauf, alte Sagen und neue Beirrie vermischen sich. In diesem Roman wird uns Island mehr als eine bildliche Ahnung.

Kristinn Gudmundsson ist ein junger Dichter. Sein Roman „Das Brautkleid“ läßt der Uebersetzung weiterer Arbeiten mit Interesse entgegensehen. Die nordische Dichtung, seit Jahrzehnten an der Spitze der Weltliteratur ist um einen neuen Namen und um neue Werte reicher.